

SPD.-Führer für Maßregelung von 2500 Verkehrsarbeitern

Die SPD.-Aufsichtsräte Arm in Arm mit der Hugenbergdirektion in der gestrigen BVG.-Aufsichtsratsitzung / Auch die Nazis entlarven sich erneut als Agenten der Scharfmacher / Erzwingt Wiedereinstellung / Fort mit den Sondergerichten!

Wer noch Zweifel hegte über die Rolle der sozialdemokratischen Bürokratie als erbärmliche Streitschlichter und gedungene Mittel der BVG.-Direktion, wer das frevelhafte Doppelspiel, das die Nazis mit den streikenden BVG.-Arbeitern getrieben haben, noch nicht recht durchschaute, der mag folgendes lesen und sein Urteil fällen. Gemeinsam mit den letzten BVG.-Direktoren stimmten in der am Sonnabend stattgefundenen Aufsichtsratsitzung die sozialdemokratischen Aufsichtsratsvertreter alle kommunistischen Anträge nieder, in denen im Namen des ganzen werktätigen Berlins die sofortige Wiedereinstellung der 2500 gemäßigten BVG.-Arbeiter, die Zurücknahme des Lohnabbaues und die Bezahlung der Streiklöhne gefordert wurde. Dieselben Nazis, die sich im „Angriff“ nicht genug tun können an heuchlerischem Arglistspiel gegen die BVG.-Direktoren, trachten dem Vizebürgermeister Dr. Elsas, der für die ungeheuerlichen Maßnahmen gegen die BVG.-Arbeiter die Hauptverantwortung trägt, durch die Ablehnung des kommunistischen Misstrauensantrages ihr volles Vertrauen aus.

An der Sitzung nahmen 18 Aufsichtsratsmitglieder teil, davon gehören acht der SPD an. Die Kommunisten sind mit drei Genossen im Aufsichtsrat vertreten, so daß eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten vorhanden ist. Gleich nach Eröffnung der Sitzung stellten unsere Genossen folgende Anträge:

1. Zurücknahme der Lohnkürzungen. 2. Auch für die Zukunft darf kein Lohn- sowie Gehaltsabbau für Tarifangestellte vorgenommen werden. 3. Die Streiklöhne werden bezahlt. 4. Alle Maßregelungen werden zurückgenommen. 5. Der Aufsichtsrat spricht dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Dr. Elsas für sein Verhalten während des Streiks, und weil er die beantragte Aufsichtsratsitzung nicht einberief, die schärfste Mißbilligung aus.

Dr. Elsas verteidigte die Maßnahmen der BVG.-Direktion und gab die unzulässige Erklärung ab, daß jeder einzelne BVG.-Arbeiter sich über die Konsequenzen des Streiks hätte klar sein müssen. Der Sozialdemokrat Schäfer, Personalchef der Bewag, führte aus, daß nach seiner Ansicht eine Zurücknahme des Lohnabbaues schon deshalb nicht in Frage komme, weil es sich um einen verbindlich erklärten Schiedsspruch handele. Der Forderung auf Bezahlung der Streiklöhne könne grundsätzlich nicht entgegen werden, ganz gleich, ob es sich um einen „milden“ oder um einen gewerkschaftlich sanktionierten Streik handele.

In jedem Falle hätten die Arbeiter und nicht die Unternehmer für die Streiklöhne aufzukommen.

Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Flieger wandte sich mit aller Schärfe gegen die Wiedereinstellung der Gemäßigten. Er brachte es sogar fertig, von der BVG.-Direktion eine noch schärfere Rationalisierung des Betriebes zu fordern. Der Vorstand müsse genau

prüfen, wieviel Personal noch gebraucht würde. Wenn man alle Gemäßigten wieder einstelle, müsse möglicherweise die Arbeitszeit herabgesetzt werden. Um das zu vermeiden, sei er gegen die Wiedereinstellung der Gemäßigten. Nach der Rede eines deutschnationalen Vertreters nahm der Sozialdemokrat Schäfer nochmals das Wort und erklärte, die Zurücknahme des Lohnabbaues würde nur neue Unruhe in die Belegschaft bringen und das Reichsfinanzministerium auf die BVG. heken. Er gebe gern zu, daß es ein Erfolg des Kampfes sei, wenn die Löhne der BVG.-Arbeiter auch nach dem Schiedsspruch noch über den Reichsarbeiterlöhnen lägen. Der „Angestelltenvertreter“ Dröhn, mit dem sich die Angestellten jetzt sicherlich näher beschäftigen werden, entblödete sich nicht, die kommunistische Forderung, keinen Gehaltsabbau für die Angestellten vorzunehmen, als „unzulässige Einmischung“ in die Angelegenheiten der Angestelltenchaft abzulehnen. Die Abstimmung über die kommunistischen Anträge erbrachte das oben angeführte Ergebnis.

Von den Nazis bis zur SPD. eine geschlossene Einheitsfront, die jetzt durch Massenentlassungen dafür Rache nehmen will, daß die BVG.-Arbeiter ihren Bedrückern mutig die Stirn geboten haben. Doch die Herrschaften werden sich verrechnen. Das rote Berlin wird beweisen, daß seine Einheitsfront die stärkere ist. Jede Belegschaft macht es sich zur proletarischen Ehrenpflicht, ihre ganze Kraft daran zu setzen, die Wiedereinstellung der gemäßigten BVG.-Kollegen zu erzwingen.

Massenprotest gegen die Sondergerichtsjustiz! Heraus mit den inhaftierten Streikhelfern! So, wie ihr in den Tagen des Kampfes zusammenstandet, so zeigt auch heute, daß die Solidarität der Arbeiterklasse triumphiert über die Rohndrücker und ihre streikbrecherischen Agenten!

Bauarbeiterstreit in Glax und Habelschwerdt

Am Montag, dem 31. Oktober, war an der Baustelle Strandbad folgender Anschlag zu lesen:

Ausgang

Hierdurch kündigen wir unserer Belegschaft das bestehende Arbeitsverhältnis zum 31. Oktober 1932.

Die Arbeit kann am morgigen Tage zu folgenden Stundenlöhnen wieder aufgenommen werden:

Facharbeiter (Maurer und Zimmerer)	0,52 Ml.
Bauhilfsarbeiter (Hochbau)	0,43 Ml.
Tiefbau-Arbeiter	0,40 Ml.

Ungeübte Arbeiter erhalten 10% weniger. Gleichzeitig machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß Ende November eine weitere Lohnsenkung eintritt.

Altseide, den 31. Oktober 1932.

gez. Otto Büttner, Baumeister.

Nachdem die Bauarbeiter von diesem Anschlag Kenntnis genommen hatten, traten sie am nächsten Arbeitstage geschlossen in den Streik.

Eine ganze Reihe dieser Bauarbeiter traten an die KPD. heran, sie in ihrem Kampfe gegen den Unternehmer zu unterstützen. Als am Montagmorgen der Bauarbeiter zur Arbeit rief, erklärten die Arbeiter einstimmig: „Wir dürfen uns nicht an der Arbeit beteiligen.“ Es wurde dann auf den Rat der KPD. eine Lohnkommission gewählt. Die zum Ausschusse Würtner trat mit der Erklärung, daß die Arbeit nur zum alten Lohn aufgenommen wird. Würtner zeigte verächtlich durch ein neues Aktbildchen dem Arbeiter das Fell über die Ohren zu ziehen und Unmöglichkeit unter die Kollegen zu sein. Die Lohnkommission unterbreitete den Vorschlag des Würtner den übrigen Kollegen, jedoch wurde der Vorschlag einstimmig abgelehnt. Der Ausschuss wendete nun eine andere Methode an. Er rief die Arbeiter einzeln heraus und wollte sie durch seine Bereisamkeit zur Annahme der Arbeit bewegen. Alles scheiterte an dem geschlossenen Willen der Belegschaft.

Zurück zum Streik. In dem verstreuten Postamt konnte man die Sympathie für die Streikenden feststellen. Ein gutgekleideter Herr sagte: „Die Arbeiter müßten der Baumeister herausheßen und ihm die Schaufel in die Hand drücken.“ Ein anderer sagte: „Die Arbeiter sind noch viel zu dumm.“ Die Baumeister müßte

Zu diesem ungeheuren Lohnraub kommen noch die miserablen Arbeitsbedingungen. Trotz dem schlechten Schutzwerk müssen diese Arbeiter den ganzen Tag im Wasser stehen. An Wasserzulage ist da nicht zu denken.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, sind auch die Bauarbeiter von Habelschwerdt in den Streik getreten.

*

Wir wollen die Glaxer und auch die Habelschwerdter Genossen bei dieser Gelegenheit einer öffentlichen Kritik unterziehen. Am Montag, dem 31. Oktober, ist der Ausgang auf der Baustelle herausgefunden und haben die Bauarbeiter Kampfmaßnahmen beschlossen. Und „schon“ am 31. November, geht der Bericht in der Redaktion ein. Keim Tage brauchen die Genossen dazu, um die schlesische kommunistische Presse von diesem wichtigen Ereignis in Kenntnis zu setzen. Dabei schreiben sie nicht einmal dazu, ob der Kampf inzwischen beendet ist, ob die Forderungen der Bauarbeiter durchgesetzt wurden, ob die Reformisten Verrat geübt haben oder ob noch weitergepreit wird. Es sei die gilt für die Habelschwerdter Genossen. Bis heute ist noch

keine Silbe über den dortigen Bauarbeiterstreik (Mitteilung von Glax erhalten) bei uns eingegangen. Hier wird von den Genossen zweifellos die Wichtigkeit solcher Berichte für die Presse verkannt. Die Genossen sind sich auch nicht darüber im Klaren, daß es für irgendeine streikende Belegschaft viel leichter ist, ihren Kampf erfolgreich zu Ende zu führen, wenn die breiteste Arbeiteröffentlichkeit davon unterrichtet ist. Also, Genossen, zieht die Lehre aus diesem Versehen und berichtet kurz und schnell.

Achtung! Adressenänderung der BL.

Die Büros der Bezirksleitung der KPD. und des KZVD. Schlesiens befinden sich nicht mehr Wallstraße 13, sondern Breslau, Königsstraße 11, 1. Etage.

Briefanschrift für Partei:

Karl Beder, MdA., Breslau, Königsstraße 11.

Briefanschrift des KZVD.:

Selmut Rebohle, Breslau, Königsstraße 11.

Rote-Hilfe-Front gegen Klassenjustiz

Mit ungeheuren Terrorurteilen antwortet die Klassenjustiz gegen die sich immer mehr gegen die kapitalistische Hungerpolitik zur Wehr setzenden Werktätigen. Kein Tag vergeht, wo nicht revolutionäre Arbeiter in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Festungen wandern. 9000 der Besten des Proletariats sitzen bereits hinter Kerkermauern, nur für das eine „Verbrechen“, daß sie den Kampf um Arbeit und Brot aufgenommen haben. Terror gegen Betriebsarbeiter — Terror gegen die Millionen Erwerbslosen — Terror gegen die, die hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachten. Schon unter Braun-Eberings Hera kündigte die Bourgeoisie eine Verschärfung des sogenannten „humanen“ Strafvollzuges an. Was die SPD.-Führer angefangen, beenden Brüning, Papen, Schleicher. Erst vor kurzer Zeit schrieb der Strafanstaltsdirektor Dr. Kersten aus Ratibor über den humanen Strafvollzug, über das gemüßliche Leben der Gefangenen hinter Kerkermauern. So brachte dieser Herr Dr. Kersten unter eines seiner selbstfabrizierten Bilder einen Vers: „So mancher Erwerbslose würde sich so ein „idyllisches Heim“ wünschen.“ Welch ein Hohn schon gegenüber den Erwerbslosen, welche eine zynische Bemerkung gegenüber denen, die auf Jahre den Kerkerqualen ausgeliefert sind. Schon damals deuteten wir auf eine Gefahr hin, weil wir als Revolutionäre es wissen, daß, wenn sehr viel von Gutem gesprochen wird, dies immer auf die Schutzern der Werktätigen abgemalt wird. So auch hier mit diesem „idyllischen Heim“.

Nicht nur, daß man jene Justizopfer auf Jahre hinter Gitter wirft, geht die Klassenjustiz jetzt mit weit schärferen Mitteln gegen die Opfer der kapitalistischen Hungerpolitik vor. Der schon einmal Gefangener war und nur wenige Tage hinter Schloß und Riegel verbracht hat, der weiß, was es bedeutet, im Steinmörtel unter der Gewalt der Kerkermeister zu sein. Und schon wird ab 1. November 1932 angekündigt, daß der Strafvollzug noch mehr verschärft werden soll. Im Groß-Streikler Zuchthaus haben auch die Väter des Genossen Pletzsch. Diesen Söldlingen des Kapitals hat man alle Vergünstigungen gewährt, wogegen die vielen revolutionären Arbeiter

Gemeindewahlen in Sachsen

Dresden, 14. November. (Eig. Drahtber.) Die Wahlbeteiligung bei den gestern stattgefundenen Gemeindewahlen war bedeutend schwächer als bei den Reichstagswahlen am letzten Sonntag. Infolgedessen erhielten alle Parteien weniger Stimmen.

Bis jetzt liegen folgende Resultate vor:

	13. Nov.	6. Nov.
Dresden:		
Kommunistische Partei	59 780	64 515
Sozialdemokratische Partei	103 883	123 135
Nationalsozialistische Partei	105 207	134 383
Deutschnationale Volkspartei	20 396	36 185
Deutsche Volkspartei	16 455	22 522
Staatspartei	7 749	8 108
Zentrum	5 648	7 231
Christlich-Soziale	4 783	4 310
Handwerk, Gewerbe, Mittelstand	6 947	—
Chemnitz:		
Kommunistische Partei	47 574	47 695
Sozialdemokratische Partei	56 670	59 227
Nationalsozialistische Partei	69 538	79 766
Deutschnationale Volkspartei	11 550	13 347
Deutsche Volkspartei	3 081	3 626
Chemnitzer Mittelstand	10 010	—
Staatspartei und Zentrum	3 728	3 612
Leipzig:		
Kommunistische Partei	96 270	100 202
Sozialdemokratische Partei	132 871	153 698
Nationalsozialistische Partei	101 090	128 558
Nationale Bürgerliste (Deutschnationale u. Dtsch. Volksp.	55 858	54 547
Volkrechtspartei	16 090	—
Staatspartei	7 900	7 089
Christlich-Soziale	5 505	—
Plauen:		
Kommunistische Partei	14 181	14 396
Sozialdemokratische Partei	7 647	10 781
Nationalsozialistische Partei	26 840	33 720
Wirtsch. Vereinig. (Deutschnationale und Dtsch. Volkspartei	6 249	5 314
Christlich-Soziale und Volkswähler-Vereinigung	1 332	—
Volkrechtspartei	682	—
Wirtschaftspartei	478	471
Staatspartei	916	301
Unpolitische Wahlvereinigung	951	—
Zwickau:		
Kommunistische Partei	7 576	8 222
Sozialdemokratische Partei	10 738	12 765
Deutschnationale Volkspartei	3 637	3 484
Nationalsozialistische Partei	14 253	20 456
Sozialistische Arb.-Partei	555	—
Bürgerliche Einheitsliste	3 682	2 881
Bautzen:		
Kommunistische Partei	2 843	3 156
Sozialdemokratische Partei	3 944	4 008
Nationalsozialistische Partei	5 446	7 504
Deutschnationale Volkspartei	2 305	3 073
Zentrum	912	1 238
Deutsche Volkspartei	1 157	1 262
Staatspartei	661	374
Wirtschaftspartei	156	326
Freie bürgerliche Liste	595	—
Christlich-Soziale	631	580

im Groß-Streikler Zuchthaus die ganze Schärfe des Strafvollzuges zu spüren bekommen. Ab 1. November 1932 wurde in allen preussischen Strafanstalten der Strafvollzug noch mehr verschärft. Besonders scharf geht man jetzt gegen die Festungsanstalten vor. Alle bisherigen Vergünstigungen kommen ab 1. November in Wegfall, obwohl hier schon jenen Festungsgesangenen durch Gerichtsbeschluss Ueberzeugungs-tätigkeit anerkannt werden mußte.

Ein Protest der Empörung muß in den breitesten Schichten hervorgehen werden. Protestentscheidungen aus den Betrieben, von den Stempelstellen müssen zu Millionen das Justizministerium und die Direktionen der Strafanstalten überfluten.

Wir als Rote Hilfe rufen alle Werktätigen zum Protest, zum Massensturm gegen den neuen Anschlag der Bourgeoisie gegen die Werktätigen. Wir rufen euch zu: Vergeßt eure Brüder und Schwäger nicht, die hinter Gefängnis-, Zuchthaus- und Festungsmauern schmachten! Helft ihnen, so helft ihr euch!

Gerade jetzt, wo die Sorge der inhaftierten Familienväter zu den Wintermonaten um ihre Angehörigen größer wird, gerade jetzt will die Klassenjustiz, als Beauftragte der Industrie- und Agrarbarone, zu einem Schlag gegen jene Opfer ausholen, um, wie sie bei jedem Urteil anfündigt, abschredend zu wirken. Wir als rote Helfer müssen durch die Massenmobilisation dem Wüten der Klassenjustiz ein energisches Halt gebieten.

Massensturm, Massenolidarität ist das Gebot der Stunde. Die Rote Hilfe ruft zur Winterhilfe für die Justizopfer und deren Angehörigen auf. Keinen Werktätigen darf es geben, der sich nicht an der Massenolidarität beteiligt. Nicht Karitaswinterhilfe, sondern Winterhilfe der Roten Hilfe ist das Gebot der Stunde. Spenden und sammelt. Betriebe im Vormarsch, zeigt, daß auch ihr euch eng verbunden fühlt mit den Klassenjustizopfern und deren Angehörigen. Gebt und sammelt, jeder Groschen bedeutet Munition gegen das niedergehende kapitalistische Hungerregiment. Kämpft mit der Roten Hilfe um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen!

SPD-Mehrheit Weißstein verhindert Winterhilfe für die Erwerbslosen und deren hungernden Familien

Sozialdemokratie kuschelt vor den Notverordnungen der Baronsregierung — Erwerbslose, nur die Einheitsaktion außerhalb dem Parlament bringt euch Winterhilfe

Weißstein. In der letzten Gemeindevorversammlung war der Vorschlag bis auf den letzten Platz von den Erwerbslosen besetzt. Hatte doch die kommunistische Fraktion die von einer Erwerbslosenversammlung beschlossenen Forderungen für die Erwerbslosen als Antrag eingebracht. Die Erwerbslosen von Weißstein fordern folgende Winterbeihilfe:

1. Einmalige Belieferung sämtlicher Unterstützungsempfänger mit Kartoffeln, und zwar die Ledigen mit je einem Zentner, die Verheirateten je Haushalt mit zwei Zentner und für jedes weitere Familienmitglied einen halben Zentner unentgeltlich.
2. Unentgeltliche Belieferung mit Kohlen je Haushalt und Monat zwei Zentner.

In der Gemeinde Weißstein besteht eine absolute SPD-Mehrheit. Die Erwerbslosen erwarteten nach den vielen Worten der SPD-Führer über „Kampf gegen Papen“ und „Hilfe für die Armen“, die Annahme ihrer Forderungen. Doch die zahlreich anwesenden Erwerbslosen, die das wollten, hatten sich getäuscht. Der stellvertretende Gemeindevorsteher Scholz versuchte nach der Behandlung von zwölf Tagesordnungspunkten, ohne zu dem Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen Stellung zu nehmen, zum Schluß zu kommen. Damit versuchte er der diktatorischen Papen-Schleicher-Regierung die Durchführung der Maßnahmen gegen die Hungernden zu erleichtern. Sofort erhob die SPD-Fraktion scharfen Protest. Scholz teilte daraufhin mit, daß seit dem 2. November eine Notverordnung der Papen-Schleicher-Regierung vorliegt, die die Behandlung von Anträgen, für die keine Deckung vorhanden sei, verbietet.

Getreu der Politik der SPD, in den ganzen letzten Jahren, immer vor den Herrschenden zu kuscheln, lehnte es der stellvertretende Gemeindevorsteher Scholz auch diesmal ab, etwas anderes zu tun, als die Regierung der Barone, der faschistischen Diktatur, vorschreibt.

Die Arbeiterklasse von Weißstein kann daraus erkennen, daß die ganzen Worte der SPD-Führer über „Kampf gegen Papen“ nur dazu angetan sind, um die SPD-Arbeiter über die wirklichen Taten der SPD, die im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft liegen, hinwegzutäuschen.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Erwerbslosen ab und brachte an dessen Stelle

ein Bittgesuch an die Papen-Schleicher-Regierung

ein. In diesem Bittgesuch wird die Reichs- und Staatsregierung, die jene Notverordnungen auf Kürzung des Lohnes und der Unterstützungen sowie zur Beseitigung jedes Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden erlassen hat, gebeten, doch den Armen zu helfen. Jeder gewerkschaftlich und marxistisch geschulte sozialdemokratische Arbeiter weiß, daß ein derartiges Bittgesuch von der Regierung der Barone mit Hohn entgegengenommen wird und in den Papierkorb fliegt. Die Vertreter der kommunistischen Fraktion stellen diese Tatsache sofort fest.

Die sozialdemokratische „Wergwacht“ brachte es fertig, in ihrem Bericht von der Gemeindevorversammlung ihre eigene Schuld daran, daß den Erwerbslosen nicht geholfen wird, den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Sie verhalten sich nach dem Sprichwort „Haltet den Dieb“. Die Begründung der Ablehnung der Erwerbslosenverträge für Winterhilfe durch den stellvertretenden SPD-Gemeindevorsteher ist eine einzige Hilfe für die Papen-Regierung. Ungehindert soll also diese ihre diktatorischen Bestimmungen durchführen können. So will es die SPD. Die Baronsregierung darf nur eine Notverordnung erlassen und schon kann die SPD „dagegen nichts machen“. So ist es nicht nur in den Gemeinden bei der Behandlung der Erwerbslosenverträge, so war es auch bei dem ungeheuren Lohn- und Gehaltsabbau. Auf Grund der Papen-Notverordnung, der sich die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie beugte, führten letztere ihre Streikbruchtat durch. Die „Wergwacht“ kommt jetzt mit einer neuen Lüge, indem sie schreibt, daß die Sozialdemokratie durch die Reaktion mit kommunistischer Hilfe um jeden Einfluß in Staat und Reich gebracht worden ist.

Zawohl, 14 Jahre hatte die SPD im Staat und Reich großen Einfluß. Doch wo blieb da die Hilfe für die Notleidenden, für die Arbeiterklasse? Wo blieb da die Beschaffung von Arbeit und Brot? Wo blieb da die Sozialisierung?

Auf dem Boden des sozialdemokratischen Einflusses in Staat und Reich konnte die Reaktion wachsen und gedeihen. Einzig und allein die reaktionäre Politik der sozialdemokratischen Hermann-Müller-Regierung, die statt der Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosenversicherung und den Unterstützungsraub an allen jugendlichen Erwerbslosen brachte, die Tolerierung der faschistischen Brünnings-Regierung, das war die praktische Vorbereitung für die heutige Herrschaft der faschistischen Diktatur. Jetzt kuschelt die Sozialdemokratie auch vor den Papen-Notverordnungen.

Die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen können niemals durch Bitten Winterhilfe, Kartoffeln und Kohlen erreichen. Diese Hilfe können die Massen nur durch den einheitlichen Kampf außerhalb des Parlaments erreichen. Nachdem die SPD-Mehrheit es ablehnte, die Erwerbslosenverträge im Gemeindeparlament zu behandeln, müssen sich die Erwerbslosen von Weißstein zur Einheitsaktion zusammenschließen. Die herrschende Klasse gibt den Arbeitern und ihren hungernden Familien nichts freiwillig. Die einzige Hilfe, jede Verbesserung der Lebenslage muß sich die Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf ohne Rücksicht auf die politischen und weltanschaulichen Gegensätze erkämpfen. Nur auf diesem Wege kann etwas erreicht werden, das zeigen die Erfolge der Erwerbslosen in Neutheben a. d. D. und in Primmkenau.

Trotz Verleumdung — in Halbau Vorkampf

Halbau. Am 1. November fand eine öffentliche Wahlversammlung der SPD in Halbau statt, zu der der Obermagistratsrat Gärtner aus Bunzlau als Referent erschienen war. Gärtner hielt ein allgemein politisches Referat und versuchte die Politik der SPD zu verteidigen. Seine Hauptaufgabe erblickte er darin, eine solche Hege gegen die kommunistische Partei zu entfalten. Die alte Schwieparose der SPD: „Ohne Thälmann kein Papen“ mußte herhalten. Den Frauen aber empfahl er: „Wenn ihr wollt, daß eure Männer mehr Postgeld geben können, dann müßt ihr sozialdemokratisch

wählen.“ Gärtner empfahl die Schlacht mit dem Stimmgabel, dann würde alles wieder besser werden.

Genosse Dollstein, Bunzlau, der zufällig in Halbau war, trat Herrn Gärtner in der Diskussion entgegen und zeigte auf, daß nicht der Stimmgabel, sondern nur der außerparlamentarische Kampfsatz aller Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, den Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub verhindern kann.

Der Ausgang der Wahl hat auch hier am Ort bewiesen, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zur kommunistischen Partei trotz aller Hege rapide steigt. Die Zunahme der kommunistischen Stimmen in Halbau war die richtige Antwort auf die Hege des Stimmgabelers Gärtner.

Was aber Herr Gärtner in Bunzlau für die Erwerbslosen tut und wie arbeiterfeindlich sein Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft in Bunzlau selbst ist, darauf werden wir in einer öffentlichen Versammlung nach dem „Burgfrieden“ zurückkommen, in der unser Genosse Dollstein sprechen wird, der das Wirken des Herrn

Zwei Bergarbeiter auf Friedens-Hoffnung verschüttet

Bergbauer Umler nur noch als Leiche geborgen — Kameraden, kämpft gemeinsam gegen die Antreiberei und wachsende Grubenunsicherheit

Waldenburg. Auf der Friedenshoffnungsgrube in Niederhermsdorf wurden der Bergbauer Umler aus Schwarzwaldau und der Schlepper Friebe aus Gablau durch herabfallende Gesteinsmassen verschüttet. Während Friebe in schwerverletztem Zustand dem Knappschaftslazarett zugeführt wurde, konnte der 25 Jahre alte verheiratete Bergbauer Umler, Vater von zwei Kinder, nur als Leiche geborgen werden.

In den letzten Wochen nehmen die Unfälle auf den Waldenburger Gruben, selbst solche mit tödlichem Ausgang, erschreckend zu. Das ist ein Zeichen der verärferten Antreiberei und der steigenden Grubenunsicherheit. Die Kameraden in der Abteilung der Friedenshoffnungsgrube in Niederhermsdorf, in der dieses Unglück geschah, müssen dazu sofort Stellung nehmen und die wirklichen Ursachen der Verschüttung feststellen. In voller Kampeinheit nehmen den Kampf gegen jede Antreiberei und gegen die Grubenunsicherheit auf. Denkt bei der Arbeit in erster Linie an euer Leben und an das eurer Frauen und Kinder.

Antreiberei und tägliche Unfälle in den Baron-Werten

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)
Schweidnitz. Die „berühmten“ Baron-Werte haben in den letzten 14 Tagen einige schwere und leichte Unfälle zu verzeichnen. Die Unglücksfälle geschehen besonders oft an den Stangen. Die Belegschaft wird immer stärker angetrieben, um so den Profit für den Unternehmer zu erhöhen. In letzter Zeit wurden vom Arbeitsamt zu Baron Schloffer vermittelt. Die Firma legte denselben einen Revers zum Unterschieben vor, in dem Bestimmungen über kurzfristige Arbeit und über den Lohn enthalten sind. Ein Arbeiter, der diesen Revers unterschrieben hatte, verlor schon nach 1½ Stunden

Rus den Landeshuter Textilbetrieben

Lohnraub durch Ferienbestimmungs-Verschlechterung

Landeshut. Für Ende dieses Jahres wurde von den Textilindustriellen das Ferienabkommen gekündigt. Die Gewerkschaftsbürokratie traf darauf mit dem Arbeitgeberverband eine neue Ferienvereinbarung, die für die Textilarbeiterschaft eine große Verschlechterung darstellt. Für den Fall längerer Kurzarbeit, der in allen Landeshuter Textilbetrieben zutrifft, tritt eine entsprechende Verminderung der Ferienvergütung ein.

Die neuen Ferienbestimmungen traten am 1. Juli in Kraft. Bei der Firma J. Kinkel wurden die Betriebsferien Mitte Juli durchgeführt. Laut der neuen Ferienvereinbarung erhielt die Belegschaft der Firma J. Kinkel, bei der lange Zeit Kurzarbeit herrschte, eine nur ganz geringe Bezahlung der Ferienzeit. Die übrigen Landeshuter Textilbetriebe hatten ihre Ferien schon vor dem 1. Juli, so daß sich bei ihnen die neue Ferienvereinbarung noch nicht auswirkte. Unter der Belegschaft der Firma J. Kinkel entstand durch die Kürzung der Ferienbezahlung, die praktisch einen Lohnraub

Erwerbslosen-Kreiskonferenz in Weißstein

Am Donnerstag, dem 17. November, nachmittags um 3 Uhr, findet in Weißstein im Gasthaus zum „Finsternbrunn“ eine Kreiskonferenz der Erwerbslosen statt.

Jeder örtliche Erwerbslosen-Ausschuß ist verpflichtet, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Gärtner sehr gut kennt. Wir machen die Halbauer Arbeiterschaft schon jetzt auf diese Versammlung aufmerksam.

Trotz aller Hege aber marschiert die kommunistische Partei unaufhaltsam vorwärts, im Kampfe gegen alle Feinde der Arbeiterklasse.

Arbeit die halbe Hand. Ein anderer Arbeiter, der die unerhörte Antreiberei und Ausbeutung nicht widerspruchslos über sich ergehen lassen wollte, wurde sofort entlassen. Ihm wurde die Wohlfahrtsunterstützung für dauernd gekürzt.

Es wird Zeit, daß die Belegschaft und besonders die DMW-Kollegen zu diesen Zuständen innerhalb ihres Betriebes Stellung nehmen. Die Metallarbeiter der Baron-Werte haben den verführten Lohnabbau des Unternehmers durch ihren Streik abgewehrt. Durch eine gemeinsame Aktion werden sie auch in der Lage sein, die unerträgliche Antreiberei, die zu den dauernden Unfällen führt, abzustoppen.

Diphtherie fordert Todesopfer

Rothenbach. Die Tochter des Bergmanns Hartmann ist an Diphtherie gestorben. Das ist in diesem Jahre das sechste Todesopfer, daß die Diphtherie-Epidemie im Waldenburger Hungerland geordert hat. Die wirkliche Ursache an diesen Todesfällen ist die überal vorherrschende Unterernährung der Arbeiterkinder. Die Arbeiter und Werttätigen sind es vor allem ihren Kindern schuldig, mit ihrer ganzen Energie gegen Hunger, Not und Kälte in der Einheitsaktion zu kämpfen. Nur, wenn die Arbeiterkinder genügend zu essen, warme Kleider und ein warmes Heim haben, werden sie gegen derartige Krankheiten widerstandsfähig sein.

In Sowjetrußland sorgt der proletarische Staat für die Gesundheit der Arbeiter- und Bauernkinder. Überall sind hygienisch vorbildlich eingerichtete Kinderheime. Auch in Deutschland ist diese Versorgung des proletarischen Kindes nur möglich, wenn wir eine Arbeiter- und Bauernregierung erkämpfen haben. Dafür kämpfen gemeinsam mit den Kommunisten.

derstellt, eine große Erregung. Die Belegschaft verweigerte damals die Arbeit und trat in den Streik. Da trat die Gewerkschaftsbürokratie in Aktion und sorgte für „friedliche“ Beilegung. Durch einen Vergleich wurden jetzt zwei Drittel des Feriengeldbetrages ausbezahlt.

Ein Drittel wurde also den Textilarbeitern durch die „friedliche Beilegung“ und die neuen Ferienbestimmungen geraubt.

Für diesen Raub ist voll und ganz die Gewerkschaftsbürokratie schuld, die die kampfgewillte Belegschaft zur „friedlichen“ Beilegung des Streiks ermahnte.

In den letzten Wochen haben die Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen gelernt, daß sie nur im gemeinsamen Kampf mit der Waffe des Streiks gegenüber dem profitgierigen Unternehmertum etwas erreichen können. Diesen Kampf versucht die reformistische Bürokratie immer wieder zu verhindern. Es gilt deshalb die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb des reformistischen Verbands durch Oppositionsgruppen, und im Betrieb durch Betriebsgruppen zu stärken, damit der Gewerkschaftsbürokratie ihr Verrat nicht mehr gelingt.

RMS. Liebau greift an

Liebau. Auch diese Wahl brachte uns als einzige Partei am Orte wieder einen Gewinn von 20 Prozent, während Nazis, Zentrum und SPD. an Stimmen einbüßten. Nur das „soziale Arbeitsdienstlager“ rettete die SPD. noch einmal davor, von uns geschlagen zu werden. Auch auf den von uns bearbeiteten Dörfern der Umgegend konnten wir die Stimmen für Liste 3 verdoppeln, zum Teil sogar verdreifachen.

Sogleich nach der Wahl nahm als erste Organisation der rote Massen selbst sich zum Ergebnis der Wahl und zur Sicherung des Erfolges Stellung. Keine Entspannung wie nach anderen Wahlen ist zu spüren, die Mitgliederversammlung (gut besucht!) war ein einziges Bekenntnis zu den Beschlüssen der SPD.

Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes, der Einheitsaktion, ist das Gebot der Stunde.

Einleitend zeigte Genosse A. in einem längeren Referat die ansteigende Kurve der kommunistischen Bewegung auf und legte die örtlichen Aufgaben für die nächste Zeit fest.

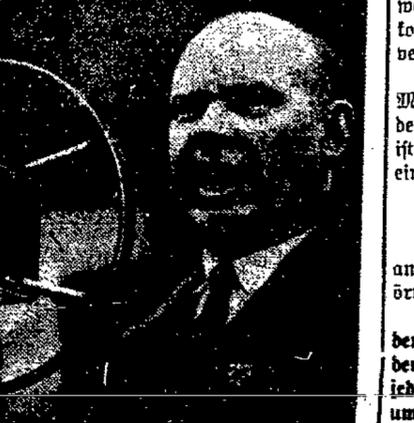
Die Mitgliedschaft nahm eine Entschärfung an: Aufbauend auf den Erfolgen und Erfahrungen des Landsonntags die Werbearbeit für den revolutionären Gedanken auf dem Lande zu verdoppeln. Für jeden Monat wurde eine Reihe von Diskussionsabenden auf den umliegenden Dörfern beschlossen. Schulungstour für die neuen Mitglieder werden vorangetrieben.

ERNST THÄLMANN:
Im Kampf gegen die faschistische Diktatur

REDE UND SCHLUSSWORT AUF DER PARTEI-KONFERENZ DER KPD

DIE POLIT-RESOLUTION DER PARTEI-KONFERENZ IM OKTOBER 1932

HERAUSGEGEBEN VON DER KPD



Weltkongress der Roten Hilfe

Moskau, 12. November. Der Weltkongress der Internationalen Roten Hilfe, der am 10. November in der roten Hauptstadt im Theater der Gewerkschaften eröffnet wurde, fällt zusammen mit dem 10. Jahrestag des Bestehens der Internationalen Roten Hilfe (Wopr) durch den Verein der alten Bolschewiki. Trotz der bekannten behördlichen Schikanen gegen deutsche Arbeiterdelegierte nach der Sowjetunion waren auch deutsche Delegierte anwesend.

Nachdem der greise Führer der japanischen Kommunisten, Genosse Sen Katajama, den Kongress eröffnet hatte, schritt der Kongress zur Wahl des Präsidiums, in das die Genossen Klara Zetlin, Wilhelm Pies, André Marty, Felix Kohn, Sen Katajama und Ada Wright, die Regemutter von Scottsboro gewählt wurden. Ins Ehrenpräsidium wurden die Genossen Stalin, Gorki, Raul und Gertrud Kuegg, Karl Peters, die Jungarbeiter Schmidte und Meier, welche in den Kreisen der Bourgeoisie schmachten, gewählt.

Im Namen der kommunistischen Internationale begrüßte Genosse Bela Kun den Weltkongress der I.R.H. und hob in seiner Rede unter starkem Beifall den gewaltigen Vormarsch des Kommunismus in der ganzen Welt hervor. Genossin Stassowa überbringt die Grüße des Zentral-Komitees der K.P.S.U. Im Namen des Vereins der Alten Bolschewiki übergibt Genosse

Jarolarski dem Kongress eine herrliche Fahne, worauf Genosse André Marty für das Präsidium antwortet.

Dann ergreift Genosse Felix Kohn im Namen des Vereins ehemaliger Verbannter das Wort und spricht über Leiden und Kampf der russischen Revolutionäre unter dem Zarismus. Ein Kommandeur der Roten Armee richtet unter brausendem Beifall zündende Worte an den Kongress, häufig durch „Rot-Front“-Rufe der deutschen Delegierten unterbrochen, in die der gesamte Kongress einstimmte.

Weiter sprachen noch Vertreter der I.R.H. und der kommunistischen Jugendinternationale. Ein alter Arbeiterrevolutionär der Leningrader Fabrik „Stall“ überbringt die Grüße seiner Belegschaft.

Zu dem Blutbad in Genf erteilte der Kongress einen Aufruf, in welchem erklärt wird, daß für den Zustand in den kapitalistischen Ländern nichts bezeichnender sei als die Maschinengewehrkalben an jenem Ort, wo die „Abrüstungs“-Konferenz und der Völkerbund tagen.

Der Kongress entbot den politisch-proletarischen Gefangenen in allen Ländern der kapitalistischen Welt brüderliche Grüße. Der Kongress wird bis zum 25. November währen und sehr wichtige Beschlüsse für die Unterstützung und Befreiung der politischen Gefangenen der kapitalistischen Länder fassen.

Nach den Wahlen in U.S.A.

Die „Prawda“ zur Wahl Roosevelts

Die „Prawda“ stellt in ihrem Kommentar zur Wahl des U.S.A.-Präsidenten Roosevelt fest, daß die Wahlen, wie sehr entsetzt sie auch das tatsächliche Verhältnis der kämpfenden Klassenkräfte widerspiegeln mögen, doch nicht von der Lage in den U.S.A. abgesehen werden können, die sich aus der Wirtschaftskrise und aus der anwachsenden Massenbewegung ergibt. Die „Prawda“ geht sodann auf die Krisenlage der U.S.A. ein, die vor den Massen die Frage des Auswegs aus der Krise gestellt hat und stellt fest:

„Beide Parteien des Großkapitals — die Republikanische und die Demokratische — hatten und haben keine Gegenläge in dieser Frage. Beide versuchen, einen kapitalistischen Ausweg aus dieser Krise zu finden auf dem Wege des Lohnabbaus, die Kosten der Krise auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen auf dem Wege der direkten Unterstützung der Riesenbanken und der Trusts.“

Diesen Versuchen der Kapitalisten begegnen die werktätigen Massen der U.S.A. mit der Entfaltung des Kampfes für den revolutionären Ausweg aus der Krise, was sich in der letzten Zeit auswirkte in Erwerbslosen-Hungermärschen, Farmerstreiks gegen Steuerdruck, im Veteranenaufmarsch gegen den Unterstufungsraub usw.

„In dieser Situation“, schreibt die „Prawda“, „wendete die Bourgeoisie der U.S.A. auf breiterster Front jenes Zwei-Parteien-System an, das im Verlaufe der Jahrhunderte die hauptsächlichste Methode des Regierens der englischen Bourgeoisie war. Die stärkste Enttäuschung über die Politik Hoovers bemühte sich die Bourgeoisie der U.S.A., in jeder Weise auf den Weg der Verstärkung der zweiten Partei der Wallstreet — die Demokratische Partei — umzulenken. Zwischen beiden Parteien gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, weder in der Frage ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse, noch in den Hauptfragen der Außenpolitik. Roosevelt gab nur nebelhafte Versprechungen über „Krisenopfer“ zum Besten. Doch hinter diesen Phrasen verbarg sich die gleiche Klassenpolitik der U.S.A.-Bourgeoisie, die auch die Hoover-Regierung durchführte.“

Der Wahlsieg der Demokratischen Partei widerspiegelt die stärkste Enttäuschung der Massen über die Politik, die die U.S.A.-Bourgeoisie bisher durchführte. Doch den tatsächlichen Ausdruck der Radikalisierung der Massen muß man nicht in den für die Demokraten abgegebenen Stimmen suchen. Diese Stimmen zeugen eher davon, daß in den U.S.A. noch die Illusionen stark sind, daß die Erziehung einer kapitalistischen Partei durch die andere irgendeine ernsthafte Besserung der werktätigen Massen bringe. Der wirkliche Beweis für die Radikalisierung der breiten Massen in den U.S.A. ist zweifellos das Anwachsen der Stimmen für die kommunistische Partei. Durch die Auffstellung der Forderung nach sofortiger Hilfe für die Erwerbslosen und nach Sozialversicherung, durch Kampf gegen die Ungleichheit der Steuer und für das Selbstbestimmungsrecht des „Schwarzen Gürtels“, durch den Kampf gegen die Kriegs- und Hungerpolitik, die die U.S.A.-Bourgeoisie betreibt, gestaltete die K.P. ihren Wahlkampf zu einer Mobilisierung der Massen für den unmittelbaren Kampf gegen die Macht der Bourgeoisie.

Welche Perspektiven bestehen für die die Regierung antretende Demokratische Partei der U.S.A.? Roosevelt kann die Krise nicht beseitigen. Die Demokratische Regierung wird den gleichen Weg des ökonomischen und politischen Angriffs auf die werktätigen Massen beschreiten. Dieser Angriff im Inland wird von der größten Aktivität der Außenpolitik des U.S.A.-Kapitals begleitet. Da die Niederlage Hoovers teilweise ein Ausdruck der Unzufriedenheit der U.S.A.-Bourgeoisie mit seiner unentschiedenen Außenpolitik angesichts der wachsenden Aggressivität Japans und der steigenden anglo-amerikanischen Rivalität ist, wird Roosevelts Politik im Zeichen größerer Aggressivität, des Suchens neuer Verbündeter, der Versuche einer neuen Block- und Bündnisbildung durchgeführt.

Kuba von einem Orkan heimgesucht

Die Insel Kuba ist von einem schweren Orkan heimgesucht worden, der besonders schwer die auf unserer Karte durch einen Pfeil gekennzeichnete Gegend heimgesucht hat. Durch das Unwetter wurde eine Springsflut hervorgerufen, die bereits tausend Todesopfer gefordert haben soll.

200 Standrechtsmorde in einem Jahr

Tatsächliche Pilsudski-Justiz wütet gegen Arbeiter und Bauern

Warschau, 12. November. In diesen Tagen wurden in Baranowice und Wollow 17 vier neue Standrechtsurteile gegen revolutionäre Bauern verhängt und sofort durch Erhängen vollzogen. Damit ist die Zahl der vollzogenen Todesurteile, die von den tschischischen Standgerichten Pilsudskis im Laufe des letzten Jahres verhängt wurden, auf über zweihundert gestiegen.

Ausnahmslos sind es Arbeiter und Bauern, die durch die Blutjustiz des tschischischen Polens dahingemordet wurden. Meistens klagt man diese Opfer des weißen Terrors der „Spionage“ zugunsten der Sowjetunion an, in Wirklichkeit bestehen ihre „Verbrechen“ lediglich darin, daß sie den Kampf für die Befreiung der Arbeiter und Bauern vom polnischen Tschichismus führten.

In diese grauenhafte Zahl von zweihundert standrechtlich Ermordeten sind noch nicht einbezogen jene Hunderte, die ohne jedes Gerichtsverfahren durch die blutigen Strafexpeditionen des Pilsudski-Militärs in den Dörfern der Westukraine und Galizien abgeschlachtet wurden. Trotz dieser furchtbar blutigen Unterdrückung befindet sich Polen in ständiger revolutionärer Gärung und der Ansturm der Arbeiter und Bauern gegen das verruchte und verfaulende Pilsudski-Regime wird immer härter.

Ein Jahr Sowjetchina

Während der Festtage hatte die Sowjetpresse ihre Spalten auch ausländischen Kommunisten geöffnet, deren Festartikel geeignet erschienen, die Solidarität des Weltproletariats und der Kommunisten aller Länder hervorzuheben. Ein chinesischer Genosse weiß in einem solchen Artikel darauf hin, daß neben der gewaltigen Moskauer Tubelfeier in beispielloseren Formen auch ein tschischinesisches Gedankfest gefeiert werde, nämlich das einjährige Bestehen der chinesischen Sowjetrepublik. Dieser Sowjetstaat sei allerdings bisher noch von den drohenden Bajonetten der chinesischen Reaktion von allen Seiten umgeben und noch im Ringen um seine Existenz begriffen. Er habe noch nicht die Möglichkeit, sich mit der übrigen Welt in Verbindung zu setzen, aber

die Tatsache seines Daseins könne nicht geleugnet werden. Vor fünf Jahren entstand der erste Sowjetbezirk auf chinesischem Boden. Vor einem Jahr formten sich die Sowjetbezirke, deren Zahl unterdessen gewachsen war, zur chinesischen Sowjetrepublik, die durch die Weiterführung eines ununterbrochenen Kampfes ihre Daseinskraft beweisen werde.

Sowjetwektälige ehren die tote Gefährtin Stalins

Moskau, 12. November. Die Bestattung der verstorbenen Frau und treuen Gefährtin des Genossen Stalin, der Genossin Klujewa, gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung der Sowjet-Verkätigen, daß sie in den Tagen schwersten Schmerzes treu zu dem Führer des russischen und internationalen Proletariats stehen. Genossin Klujewa war im Haus des Zentralsekretariatskomitees ausgebahrt. Die Bahre war mit unzähligen Blumen, Kränzen und Palmen umgeben, der Saal war rot und schwarz drapiert. Die Ehrenwache hielten die Genossen Stalin, Molotow, Kalinin, Woroschilow, Zenukide und andere Führer der Partei und der Sowjets.

Schon frühmorgens jammeten sich unter den Trauerklängen der Rotarmistenkapelle Zehntausende auf dem Roten Platz. Sämtliche Betriebe hatten Delegationen mit schwarz umflorten Fahnen entsandt. Ein kilometerlanger Zug bewegte sich langsam zur Bahre. Alle wollten zum letzten Male noch die Freundin des geliebten Führers des Sowjetproletariats sehen.

Um drei Uhr nachmittags legte sich der Begräbniszug in Bewegung. An der Spitze einige Abteilungen Roter Reiterei. Hinter dem blumengeschmückten Leichenwagen ging Genosse Stalin, umgeben von den Mitgliedern des Politbüros und der Sowjetregierung.

Das gesamte Proletariat trauert mit dem Genossen Stalin über den Verlust seiner Kameradin.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4).

37. Fortsetzung

Trotz täglicher Folterungen sagte der Zuchthäusler doch nicht aus, wo er das Geld hingetan hatte. Man ließ ihn dann endlich in Ruhe. Zwei, drei Monate vergingen. Der Zuchthäusler schien die Folterungen ganz vergessen zu haben, er machte sogar Witze mit dem Aufseher, wenn er in seine Zelle kam. Eines Tages bat Morosow den Aufseher, ihm Würfelzucker zu kaufen. Dann band er den Zucker in ein Tuch fest zusammen, so daß das Bündel zu einer Art Würfelgeschloß wurde und wartete geduldig den günstigen Augenblick ab. Der kam auch bald. Am nächsten Abend, als der erste Aufseher zur Kontrolle in Morosows Zelle erschien, hieb er ihm mit voller Wucht auf den Schädel. Der Schlag war so heftig, daß der Aufseher, ohne einen Laut von sich zu geben, tot niederfiel. Dem stellvertretenden Aufseher Winomgradow gelang es noch, aus der Zelle zu springen. Morosows zweiter wohlgezielter Schlag galt ihm.

Ich sah zusammen mit Genossen Golubjow in einer Zelle. Im Mai erkrankte er und wir verlangten nach einem Arzt. „Heute ist Montag“, erklärte uns der Aufseher, „der Arzt kommt nur jeden Freitag ins Gefängnis. Sie müssen warten.“

„Wieso warten?“ rief ich. „Von Montag bis Freitag kann man doch hundertmal sterben! Sagen Sie dem Direktor, wir verlangen, daß er uns heute noch den Arzt schickt.“

„Es lohnt sich nicht, Skandal zu machen. Seine Wohlgeborenen, der Herr Direktor hat das nicht gern. Es würde Ihnen auch nichts nützen. Es gab schon ähnliche Fälle bei uns. Ablehnen!“ pflegt dann seine Wohlgeborenen zu sagen. Die Herren werden's schon aushalten. Sie werden nicht krepieren. Sollen Sie nur warten. Und wenn Sie krepieren, ist auch kein Unglück! Das ist auch die Ursache, weshalb unser Herr Direktor die Petersburgern nicht gern hat. Sie randallieren zu, wenn Sie zu uns kommen. Das

paßt ihnen nicht und jenes gefällt ihnen nicht. Der Herr Direktor pflegt dann zu schreiben: „Ich bitte mich von den Petersburgern zu befreien!“ Ich lese schon: Sie wollen auch Skandal machen. Ganz bestimmt sind Sie auch aus Petersburg.“

Der Gefängnisaufseher war sich gar nicht bewußt, daß seine Worte den Beweis ergaben, daß Petersburg als Kulturzentrum, als Verbreiter höherer Lebensansprüche, turmhoch über den anderen Städten Rußlands stand. Sogar die kriminellen Gefangenen, die aus Petrograd kamen und gewöhnlich höhere Ansprüche hatten, konnten sich mit dem schredlichen Regime des Twerzjer Gefängnisses nicht ausöhnen.

Da wir nicht aufhörten, Skandal zu machen, wie es der Aufseher so schön benannt hatte, das heißt immer wieder nach dem Arzt verlangten und nicht auf den festgesetzten Tag warten wollten, war der Direktor doch gezwungen, den Arzt holen zu lassen.

„Was wollen Sie?“ rief der Gefängnisarzt, in unsere Zelle stürzend, uns laut an. „Warum hatten Sie es so eilig? Konnten Sie nicht bis Freitag warten?“

„Mein Freund ist erkrankt. Seien Sie so gut und untersuchen Sie ihn.“

„Nun, und wenn schon! Was ist dabei. Wenn Sie nur alle aussterben würden!“ Wilder Haß glühte in seinen Augen. Er war ein alter Großtruffe, mit einem spärlichen Ziegenbartchen. Er schrie, wackelte mit den Armen und spritzte mit dem Speichel.

„Wenn ihr alle krepieren würdet, wäre es nur ein Gewinn für den Zaren, für Rußland, für den ganzen Staat!“

„Berzählen Sie, Herr Doktor, wir nahmen an, in Ihnen einen Arzt, vor allem einen wirklichen Menschen zu finden“, sagte ich ihm. „Ich persönlich bedaure es außerordentlich, daß wir uns an Sie gewendet haben. Die Behandlung, die Sie uns zuteil werden lassen, ist eines Arztes, ist eines Menschen unwürdig. Wir werden Beschwerde führen!“

„Beschwerde? Bitte beschweren Sie sich so viel Sie nur wollen! Bei wem wollen Sie sich beschweren? Nichts werden Sie damit erreichen. Für die Regierung ist es viel vorteilhafter, wenn ihr alle hier im Gefängnis verrotten. Behandelte wollt ihr euch lassen? Der Teufel soll euch alle holen!“ Er spuckte wütend aus und verließ die Zelle.

Genosse Golubjow und ich traten in den Hungerstreik. „Wozu rebelliert ihr? Immer kommt's bei den Petersburgern zu Skandalen. Ihr müht euch ganz anders benehmen. Unser Herr Direktor hat es gern, daß man ihn achtet und ehrt. Ihr mühtet ihn, wenn er zu euch kommt, Guten Morgen, Guten Abend“

geboren! sagen. Er hört es sehr gerne, wenn die Politischen so zu ihm reden. Er würde dann auch aufhören, euch zu duzen. Auch bleibt bei euch immer Brot übrig. Warum geht ihr es nicht her für die Schweine des Herrn Direktor, warum werft ihr es ins Klosett?“

„Das wird er nicht erleben, daß wir ihn „Euer Wohlgeborenen“ titulieren und unser Brot für seine Schweine hergeben!“ erwiderte Genosse Golubjow.

„Ihr hungert also? Wollt Skandal machen?“ sagte Swerjew, als er bei seinem Rundgang in unsere Zelle kam. „Ist denn der Hungerstreik was für dich?“ wandte er sich mit provozierenden Worten an Golubjow. „So ein Bauernlämmel, so ein Arbeiter wie du einer bist — und du willst hungern!“

Wir ließen unseren Hungerstreik fort.

Das Gefängnis von Wjatschnje-Wolotschok

Am nächsten Tage brachte man mich ins Gefängnis nach Wjatschnje-Wolotschok. Zwei Gendarmen führten mich zuerst in einem Wagen, dann im Zug dritter Klasse, in einem besonderen Abteil.

Im Waggon begann der Gendarmereioffizier sich plötzlich mit mir zu unterhalten. Ich war vom Pessimismus, der aus allen seinen Worten klang, überrascht.

„Kommt denn aus alledem, was Sie erreichen wollen, etwas heraus?“ sagte er. „Sie erregen nur die Unzufriedenheit der Arbeiter, des ganzen Volkes. Ein Mensch ist niemals zufriedenzustellen. Lassen Sie den Arbeiter heute zwei Rubel am Tag verdienen, dann verlangt er morgen drei. Geben Sie ihm drei, dann wird er fünf verlangen. Ebenso versuchen Sie's mal, dem Bauer fünf Desjatin Boden zu geben. Glauben Sie mir, er wird acht oder zehn verlangen, bis ins Unendliche. Sie würden also, nachdem Sie die Selbstherrlichkeit gestürzt, die Kapitalisten unschädlich gemacht haben, schon am nächsten Tag Ihres Sieges auf die unerfättliche menschliche Habgier stoßen, auf ewige Unzufriedenheit, die Sie ja selbst entfassen und großziehen, aber nicht in der Lage sind, sie befriedigen. Geht man von dieser Voraussetzung aus, so kann man schon jetzt eine mehr oder weniger richtige Schlussfolgerung darauf ziehen: Ihre Sache, für die Sie in Gefängnissen sitzen, für die Sie leiden und kämpfen — hat keine Zukunft. Sie ist auf Sand gebaut. Schon am nächsten Tag nach der Machtergreifung werden Sie zugrunde gehen, weil Sie weder die Kraft, noch die Möglichkeit haben werden, die Menschheit glücklicher zu machen, als sie jetzt ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahrheit über den Berliner BBG.-Streit

Antwort der KGD. an die reformistischen Streikbruch-Organisatoren und Verleumder

Durch die Berliner und die Provinzpresse der SPD. geht eine von der Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes gezeichnete „Darstellung“ des Berliner Verkehrsstreiks. Sie ist so schändlich wie die Rolle der Reformisten während des Streiks selbst. Unmöglich ist es uns, auf beschränktem Raume allen Lügen der Gewerkschaftsführer entgegenzutreten, wir müssen uns damit begnügen, die wichtigsten Punkte herauszubeben.

Welches war die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie in der Zeit vor Ausbruch des Verkehrsstreiks? Der Gesamtverband behauptet als „Tatsache“, daß es der gewerkschaftlichen Arbeit bis heute gelungen ist, diesen Lohnabbau abzuwehren. Doch wieviel Lohnabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mußten die BBG.-Proleten tatsächlich im letzten Jahre über sich ergehen lassen? Wir zählen einfach Tatsachen auf:

1. 10 Prozent Lohnabbau durch die Notverordnungen der von der SPD. unterstützten Brüning-Regierung.
2. Einen dritten unbezahlten „U-D-Tag“ (Feiertag), zu dem zwei schon bisher eingeführt für das Verkehrspersonal.
3. Die 40-Stunden-Woche für die Werkstättenarbeiter, erst mit Lohnausgleich für nur zwei Stunden, dann ohne jeden Lohnausgleich.
4. Zur stärkeren Anpeitschung der Werkstättenarbeiter die Einführung des antreibenden Hoffmann-Systems.
5. 3 neue U-D-Tage zu den schon bestehenden für die schlechtest-bezahlte Gruppe, die Fahrkartenverkäuferinnen.

Durch alle diese Raubzüge gegen ihre Existenz — die der Gesamtverband wohl als „Erzürnungen gewerkschaftlicher Arbeit“ betrachtet —, war die Erbitterung der BBG.-Proleten so weit gestiegen, daß, als die Direktion die Parole der „Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne“ ausgab, einmütig durch ihre Reihen der Ruf ging:

„Reinen Pfennig Lohnabbau!“

Die Gewerkschaftsbürokratie luhndelste mit der Direktion — sie luhndelste auf der Papenschen Plattform der „Angleichung“ und hat den traurigen Mut, noch in ihrer Erklärung über den Streik die „Angleichung“ der Löhne — und das bedeutet heute den Lohnabbau — zu propagieren. „In jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfen“ ist nach der Darstellung des Gesamtverbandes die Gleichstellung der früher schlechter gestellten Verkehrsarbeiter mit den städtischen Arbeitern erkämpft worden. Nun, die Verkehrsarbeiter haben sich in und nach der Revolution eine Verbesserung ihrer materiellen Lage erkämpft,

doch nicht mit, sondern gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die aus Gründen des „Interesses der Allgemeinheit“, nämlich der Kapitalisten, einen Verkehrsstreik nach dem anderen abwürgte.

Die Verkehrsproleten kämpften für menschenwürdige Löhne. Sie waren entschlossen, auch den übrigen städtischen Arbeitern zur Rückgängigmachung des Lohnabbaues zu verhelfen, indem sie ihre eigenen Löhne gegen jeden Pfennig Lohnabbau und gegen jede „Angleichung“ nach unten verteidigten. Die

SPD.-Führer dagegen sind für die Lohnsenkung eingetreten

ie haben in der Aufsichtsratsitzung der BBG. gegen den kommunistischen Antrag gestimmt, der der Direktion jeden Lohnabbau untersagen wollte.

Danach brachten die Reformisten einen Verhandlungsantrag ein, damit die Direktion über die Höhe des Lohnabbaues verhandeln könne. Gegen diesen Lohnräuberischen Antrag haben die kommunistischen Aufsichtsratsvertreter selbstverständlich gestimmt.

Darauf handelten die Gewerkschaften einen Lohnraub von 2 Pfennig heraus, dem nach einem Monat weiterer Lohnabbau folgen konnte. Der „Vorwärts“ empfahl mit der gemeinsten Demagogie dieses Ergebnis zur Annahme und hegte gegen die überwältigende Mehrheit der BBG.-Proleten, die in der Urabstimmung für Streik stimmte. „Keine lahmschneidende Mehrheit für Streik“ soll vorhanden gewesen sein! Aber 70 Prozent aller Abstimmenden stimmten für Streik. Satzungen, die eine Zweidrittelmehrheit der Beschäftigten, eine Dreiviertelmehrheit der Abstimmenden für „ungenügend“ erklären, sind Satzungen des Streikbruchs! Der „Vorwärts“ hat „propagiert“, daß „zwischen Abstimmen und Handeln ein großer Unterschied bestehe“. Nun, die BBG.-Proleten haben ihm geantwortet,

einmütig haben sie am Donnerstag früh die Arbeit niedergelegt,

einmütig jener einen Werkstatthierarchie, die als sozialdemokratische Hochburg eine Abstimmungsmeinheit für Annahme erbrachte hatte. Die Einheitsfront der BBG.-Proleten stand. Vor den SPD.-Führern stand die Aufgabe, sie im Interesse des Kapitals zu zerlegen. In weiteren Verhandlungen haben sie das beste Mittel dazu. Der Gesamtverband schreibt in seiner Darstellung:

„Bei dieser Lage der Dinge wäre es richtig gewesen, die Verhandlungen weiterzuleiten und sich die Waffe des Streiks als letztes Mittel aufzusparen.“

Für wenn sollte man sich denn die Waffe des Streiks „aufsparen“? Bis nach der Verbindlichkeitsklärung? Das hätte den Verkehrsstreik in die Hände der Reformisten gegeben, die mit dem gleichen Ergebnis wiederholen zu können! Für die BBG.-Proleten hätten sie in ihren „Verhandlungen“ nichts herausgeholt. In ihrer Darstellung erklären sie selbst, daß vor dem Schlichtungsausschuß die Direktion wieder Forderungen stellte, die über das mit den Gewerkschaften Vereinbarte hinausgingen.

Und die reformistischen Verräter des Streiks schreiben es noch auf ihr Konto, wenn unter dem Druck des gegen ihren ausdrücklichen Willens ausgebrochenen und geführten Streiks die Direktion vor dem Schlichter der Manteltarifverlängerung bis Ende März 1933 zustimmte!

Der von den BBG.-Proleten gewählten Streikleitung aber werden diese lägerischen SPD.-Führer vor, sie hätte nicht versucht, auf Grund des Streiks in Verhandlungen mit der Direktion Ergebnisse für die Belegschaft herauszuholen.

Die Herrschaften vom Gesamtverband wissen sehr gut, daß am Sonnabend auf Anruf der BBG.-Direktion eine dreigliedrige Verhandlungskommission der Streikleitung im Direktionsgebäude war, aber dort — unter Bruch von Regeln, die selbst zwischen Kriegsführenden Regimentskommanden beachtet werden — auf Anruf der Direktion von der politischen Polizei verhaftet wurde. Oder wollten die Herren vom Gesamtverband, daß gleich die ganze Streikleitung sich verhaften läßt?

Als der Schiedspruch gefällt und verbindlich erklärt war, ließen die Gewerkschaftsbürokraten von ihrem ausgeübten Vertrauensmännerkörper das Vertrauen ausdrücken und den Beschluß zur sofortigen Arbeitsaufnahme annehmen. Der Gesamtverband rühmt sich noch der großen Mehrheit und des Beifalls, den dieser streikbrecherische Schiedspruch gefunden hat.

bedeutet der Beschluß von 400 ausgewählten Anhängern der Bürokratie — wenn sofort die Praxis erwies, daß

auch die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter es ablehnten, dem streikbrecherischen Beschluß „ihrer“ Funktionäre zu folgen?!

Die Herren vom Gesamtverband haben selbst in dieser Frage ein schlechtes Gewissen — sie suchten sich aus der jedem Sinne in Berlin bekannten und auch im „Vorwärts“ festgestellten Tatsache, daß sie am Freitagmittag offen zur Arbeitsaufnahme aufforderten, mit dem Dreh herauszureden, daß „die Gewerkschaften keinen Streik verkündet und also auch keinen Streik zu beenden hatten“. Aber in diesem Dreh steckt ausnahmsweise etwas Wahrheit:

Die reformistische Bürokratie hat vom ersten bis zum letzten Tage dieses Streiks eine streikbrecherische Haltung eingenommen, und darum brauchte sie sich am Freitagmittag allerdings nicht mehr zu korrigieren.

Nun reden sie herum, daß die Führung der „Aktion dem Einheitskomitee der streikenden Arbeiter überlassen bleiben mußte“. Warum entschuldigen sie sich hier die Herren vom Gesamtverband? Niemand macht ihnen einen Vorwurf daraus, daß sie die Führung des Streiks der von den Arbeitern gewählten Streikleitung überließen — was wir ihnen zum Vorwurf machen, ist die Organisierung des Streikbruchs. Wir hätten gerne noch mehr freigewerkschaftliche und SPD.-Arbeiter in den Streikleitungen mitarbeiten gesehen — denn kluge ist es, daß die Streikleitung nur aus Kommunisten, Nazis und Unorganisierten bestanden hätte, ein Drittel waren Mitglieder der BBG.-Gewerkschaften — aber die „Hilfe“ der Gesamtverbandsbürokratie hätten sich die streikenden BBG.-Proleten bestens bedankt. Worin hätte diese Hilfe bestehen sollen, was konnte die reformistische Bürokratie für die streikenden BBG.-Proleten „herausholen“? Wir wollen einen unverdächtigen Zeugen zitieren, das linksbürgerliche, gemäß seiner Vereinigenommenheit gegen die Gewerkschaften und seiner Sympathie mit den Kommunisten verdächtige „Berliner Tageblatt“, das in seiner Abendausgabe vom 8. November schreibt:

„Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß die Abwehr der Lohnsenkung von den Gewerkschaften aus verschiedenen Gründen nicht mit voller Kraft und nicht mit voller Überzeugung geführt werden konnte: einmal aus taktischen Überlegungen (weil man einen einmal gefällten Schiedspruch gelten lassen mußte, um das Schiedswesen nicht zu diskreditieren) — weiter weil die Belegschaft der BBG. nur zu einem Drittel gewerkschaftlich organisiert ist, schließlich, weil die Arbeitsbedingungen der BBG., im Vergleich zu anderen Arbeiterkategorien, immer noch relativ günstig waren... Auch fürchtete man, daß bei einem starken Festhalten an den Löhnen eine Tarifsenkung der BBG. eintreten werde.“

Dies war also nach dem Urteil eines der SPD. durchaus freundlich gegenüberstehenden Blattes die Stellung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu den Forderungen der BBG.-Proleten! Die Bürokratie wollte nicht, daß Schiedswesen diskreditieren, sie wollte die unorganisierten Proleten ihrem Schicksal überlassen, sie hielt die Löhne der BBG.-Arbeiter für „relativ hoch“ und wollte im Interesse der BBG. die Papensche „Angleichung“ nach unten! Diesen Leuten die Führung der kämpfenden Belegschaft zu überlassen, hätte wahrhaftig bedeutet, den Bod zum Gärtner zu machen...

Es gab für die BBG.-Proleten kein anderes Mittel zum Kampfe gegen den Lohnraub, als den Streik unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen, wie die KGD. es ihnen vorgeschlagen hatte. Den Streik unterlassen hätte bedeutet, der Direktion und ihren Helfershelfern freie Hand zur weiteren Lohnsenkung aller Arbeitergruppen zu gewähren. Zudem die BBG.-Proleten dem Lohnraub ihr „Halt“ entgegenzusetzen, indem sie durch ihr Beispiel den Kampfwillen aller deutschen Arbeiter gegen Lohnraub und Unterdrückung stärkten, haben sie sich um die ganze deutsche Arbeiterklasse ein unvergängliches Verdienst erworben, und alle Klassenbewußten Arbeiter werden heute, in dieser schweren Stunde, mit ihnen und gegen die sozialfaschistischen Stöter der Ausbeuterklasse sein.

Ja, aber — der Streik war politisch. Mit vielerlei Zitaten sucht der Gesamtverband uns das nachzuweisen, als ob es ein schändliches Verbrechen wäre! Er hätte sich die Mühe sparen können, wir bestätigen ihm nochmals, natürlich trug der Streik der BBG.-Proleten politischen Charakter. Wie hätte es auch anders kommen können, wo vom ersten Tage an die Staatsmacht gegen die Streikenden eingesetzt wurde. Die staatlichen Organe schlossen Solidaritätsbüchsen, sie verhafteten die Mitglieder der Streikleitung, wo sie ihrer nur habhaft werden konnten, sie füllten durch ihre Sondergerichte heute Zuchthausurteile gegen die Streikposten. All das tun die Kapitalisten und ihre Organe — und wir sollen sagen, daß der Streik „unpolitisch“ war?! Das war der schändliche Verrat der Nazi-Führer, die immer wieder erklärten, nur einen „reinen Wirtschaftskampf“ unterstützen zu wollen.

das ist der schändliche Verrat der Reformisten. Wir lehnen es ab, die Arbeiterklasse über das, was ist zu beklagen,

aber wer den BBG.-Streikenden zum Vorwurf macht, daß der Streik politisch war, der ist für das Papen-Regime.

SPD.-Arbeiter, Freigewerkschaftler, schaut euch die SPD.-Führer an, die uns zum Vorwurf machen, daß wir mit Nazisproleten zusammen — den verräterischen Nazi-Führern zum Trotz — diesen Streik führten, die mit dem Maul behaupten, gegen Papen zu sein, die mit dem Maul behaupten, daß der Lohnabbau „mittels staatlichen Zwangs festgelegt“ war und die euch beschimpfen, wenn ihr dagegen kämpft. Schaut ihnen auch heute aus dem Maul, wenn sie über die Zuchthausurteile der Sondergerichte „klagen“ und sich gleichzeitig gegen den politischen Massenstreik wenden.

Ernt vom Streit der BBG.-Proleten,

daß unser gemeinsamer Feind uns mit politischen Mitteln bekämpft.

Die streikbrecherischen SPD.-Führer behaupten, daß wir den Streik abgebrochen hätten, weil die Wahl vorüber war. Diese parlamentarischen Krems beurteilen uns nach ihrem eigenen Willen. Für uns gab es kein höheres Ziel, als mit allen Kräften dazu beizutragen, einen Sieg der Verkehrsarbeiter zu erreichen, der ein Sieg der gesamten Arbeiterklasse gegen das Verleumdungsprogramm der Bourgeoisie gewesen wäre.

Nun, wo der Streik durch ihren Verrat beendet, wo 2500 Kollegen auf dem Pflaster liegen, wo die Sondergerichte Zuchthausurteile sprechen — da beschimpft die streikbrecherische Bürokratie den großen Kampf: „Schwere Opfer“, sagen sie, „find nutzlos gebracht worden.“ Die „Verantwortung dafür“ trägt die kommunistische Partei.

Nun, schwere Opfer wurden gebracht, weil der Streik von der reformistischen Bürokratie von Anfang an verraten und weil die Streikfront durch die Nazi-Bürokratie systematisch zerlegt wurde. Ohne diesen doppelten Verrat hätten die BBG.-Proleten gesagt: die BBG.-Direktion hätte ihre Forderungen bewilligen, hätte auf jede Maßregelung verzichtet müssen.

Aber eine Lage ist es, wenn behauptet wird, daß diese Opfer „nutzlos“ gebracht wurden.

Die Opfer waren schwer — aber um diesen Preis hat die BBG.-Direktion die Manteltarifverlängerung bewilligen, hat die Gasbetriebsgesellschaft aus Furcht vor dem Solidaritätsstreik auf Lohnabbau verzichtet müssen, hat, — was viel schwerer wiegt und die gebrachten Opfer rechtfertigt,

die deutsche Arbeiterklasse den anschaulichen Beweis erhalten, daß die deutsche Arbeiterklasse sich nicht widerstandslos jeden Abbau gefallen läßt, daß auch „verbindliche“ Schiedsprüche, daß auch offener Streikbruch der SPD. und Nazi-Führer sie nicht vor dem Kampfwillen der Proletarier schützen können — und hat umgekehrt die ganze deutsche Arbeiterklasse gesehen, daß sie auch heute und gerade heute, in der schwersten Krise des Kapitalismus, allen Verrätern zum Trotz kämpfen kann, wenn sie es nur in eherner Einheitsfront will!

Seht ihr nicht, Proleten, wie in den Tagen des Berliner Verkehrsstreiks die Ansbenter vor dem nahenden Tritt eurer Millionenheere zitterten? Laßt ihr nicht in ihren Zeitungen, daß „die bösen Tage von 1910 wiederkehren“? Der Gesamtverband stellt feierlich fest, daß die Kommunisten für den BBG.-Streik die Verantwortung tragen.

Jawohl, die KGD. und die SPD. übernehmen die Verantwortung für das Signal, das unter ihrer Führung die Berliner Verkehrsproleten allen Arbeitern im Kampf um Lohn und Brot, im Kampfe um die Freiheit gegeben haben.

Wir können diese Verantwortung tragen — aber die Verantwortung für ihren schmählichen Verrat, die Verantwortung für die Opfer, die diesem Verrat zum Opfer fielen — sie wird die streikbrecherischen SPD.-Führer erbrüden, sie wird Hunderttausenden, die sich bisher noch von ihnen treulichen ließen, die Augen öffnen.

Arbeiter, distanziert in allen Betrieben,

in allen Gewerkschaften über den Berliner Verkehrsstreik! Lernt aus seinen Erfahrungen, lernt es, den nächsten Kampf noch besser, noch geschlossener und damit noch erfolgreicher zu führen. Lernt es, eure Organisationen von den streikbrecherischen SPD.-Führern zu säubern! Tut ihnen nicht den Gefallen, aus den Verbänden auszutreten — verjagt sie aus allen wählbaren Funktionen, brecht ihren Masseneinfluß, schließt euch mit allen euren Kameraden ohne Unterschied der Verbände- und Parteigehörigkeit in roter Einheitsfront zusammen. Beantwortet jeden Angriff auf eure Existenz mit dem geschlossenen Kampf.

Braunes Haus kommandierte Streikbruch

Auffeinerregende Enthüllungen — Nazi-Arbeiter wurden schändlich betrogen

Berlin, 13. November. Der „Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht eine auffeinerregende Mitteilung des Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes. Danach hat

die Parteileitung der NSDAP. von der Berliner NSDAP-Leitung kategorisch gefordert, schon am Sonnabend, dem 5. November, im Berliner Verkehrsstreik offen zum Streikbruch aufzurufen. Der NSDAP-Leiter Engel magte aber unter dem Druck der Nazi-Arbeiter nicht, diesen Befehl vollständig auszuführen. Er hat zwar im geheimen den Streikbruch organisiert, er hat sich von der NSDAP-Streikleitung vollständig zurückgezogen, magte aber keine offene Aufforderung zum Streikbruch. Deshalb hat jetzt die Parteileitung der NSDAP. in München ein Ausschlußverfahren gegen den Berliner NSDAP-Leiter Engel eingeleitet.



Die Monatszeitschrift, die am besten über die Sowjetunion informiert

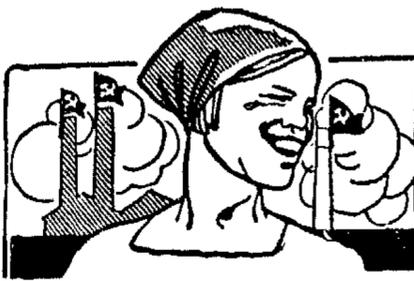
Die Novembernummer soeben erschienen! Sondernummer „Fünfzehn Jahre UdSSR.“ Erhältlich in allen Buchhandlungen und bei allen Funktionären der „Freunde der Sowjetunion“

PREIS 10 Pf.

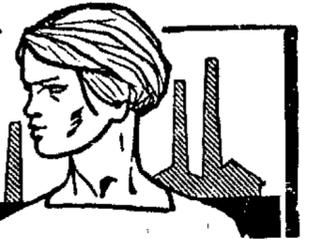
Allen bisherigen Nazi-Arbeitern mühten diese ungeheuerlichen Tatsachen zur Kenntnis gebracht werden! Die Nazi-Führer, an der Spitze Hitler, haben die Berliner Nazi-Leitung beauftragt, den Streikbruch zu organisieren. Wohl konnten sie es nicht wagen, offen zum Streikbruch aufzurufen. Aber hinter dem Rücken der kämpfenden Arbeiter haben sie systematisch den Streikbruch organisiert. Sie haben schon am Sonnabend, am 5. Streiktag, in verschiedenen Bahnhöfen ihnen ergebene Nazi-Anhänger in den Betrieb dirigiert, sie haben überall, wo sie konnten, die Nazi-Anhänger vom Streikbruch zurückgezogen. Die Nazi-Führer haben zusammen mit den SPD.-Führern den Dolchstoß gegen die Streikenden geführt.

Alle Arbeiter, die bisher noch den Nazi-Führern Gefolgschaft leisteten, müssen aus der Selbstentlarvung der Hitler, Goebbels und Konjorten erkennen, daß sie mit den Nazi-Führern brechen müssen! Diese Nazi-Führer, die von den Kapitalisten riesige Summen erhalten, die jetzt mit dem Zentrum in Koalitionsverhandlungen sitzen, werden in jedem Kampf den Sozialkapitalisten helfen.

Jeder Arbeiter und Angestellte, der gewillt ist, gegen das Kapital zu kämpfen, gehört in die Reihen der Einheitsfront, die unter Führung



Die werktätige Frau



Die Hausfrau der Gegenwart

Ein Gang durch eine Ausstellung für rationelles Kochen

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Diese Ausstellung fand vorige Woche im Festhallengelände in Frankfurt statt. Ich machte mich auf die Soßen und wollte sehen, wie ich billiger und besser kochen lernte. Da ich nur Sonntags Zeit habe — ich bin wochentags im Betrieb —, kam ich in den dichtesten Trubel rein. Mehr geschoben wie gegangen, erreichte ich den ersten Bouillonstand. Ich hatte großen „Kohldampf“ und konnte es mir nicht leisten (trotz der warmen Empfehlung in den „Frankfurter Nachrichten“, die Milchbar in der Ausstellung zu besuchen), wenigstens ein Glas Milch oder ein Stück Kuchen für 10 Pf. zu kaufen. So legte ich weniger Wert auf die Qualität der Bouillonwürfel als darauf, einen Fingerhut voll warmer Bouillon zu erwischen. Vielleicht haben die Bouillon-Auswicklerinnen mir schon an, daß ich keine zahlungsfähige Bouillonwürfel-Käuferin sei, und ich hatte infolgedessen bei dem geistlichen Uebersehen meiner Person von Seiten des Bouillonpersonals doppelte Mühe, ein Zwergentagchen Bouillon zu erhalten. Ich schob mich weiter und kam an rationellen Kartoffelschälern, Wundermessern, Kohlschneidern und sonstigen guten wie nützlichen Dingen vorbei. Große Aufmerksamkeit schenkte ich dem

Wunder-Schnell-Kochtopf

In diesem Topf kann man vier Gerichte in einer Viertelstunde gar kochen. Ein redogewandter junger Mann wies auf die Vorzüge dieses Topfes hin. Er sprach über die Verflawung der Frau in der heutigen Zeit durch den Haushalt. All die Kleinlichen Sorgen, Zustände in einem Arbeiter- und mittleren Haushalt zählte er in einer so komischen Art und Weise auf, daß die Frauen, die massenhaft den Schnellkochtopf bewunderten, über ihr eigenes Spiegelbild lachen mußten.

So ist es! Die Unternehmer nehmen sich ihre Lohnsklaven aus der werktätigen Masse, benutzen sie auf Grund dieser Kenntnisse des Lebens der Werktätigen zu den Werkzeugen der Profiterschaffung. Der freundliche junge Mann jagte nicht, daß den Wundertopf sich nur Gutsituierte kaufen können, sondern er pries die „Billigkeit“ der Töpfe von 18 Mark (!) aufwärts bis zu 50 Mark (!) in der freundlichsten Weise an.

Sinnend ging ich nach Hause. Die Hausfrau der Gegenwart ist ein armes Menschenkind, dachte ich. Wie muß sie hehen, um abends nach Betriebsschluf ihr Essen noch zurecht zu bringen, die Kinder aus der Bewahrschule zu holen, die Wäsche zu waschen, um dann todmüde ins Bett zu sinken und halb ausgeklappt am anderen Tage wieder mit müden Gliedern zur Fabrik zu wandern. So geht es nicht nur den Betriebsarbeiterinnen, sondern auch den Angehörigen, den Millionen werktätigen Frauen in Deutschland. Haha, von wegen 18 Mark für einen Kochtopf, — ich habe noch nicht mal Geld für Kohlen, um Feuer unter den Kochtopf zu machen. Nicht immer am Herde stehen müssen, auch einmal im Restaurant essen können und dann mit den Kindern spazieren gehen können, keine Wäsche in die Waschanstalt geben können, nur lieben Stunden arbeiten zu brauchen und dann die übrige Zeit mit den Kindern verbringen, auch Kino und Theater besuchen können, leben können, frei sein müssen von den Fesseln der kapitalistischen Hausklaverei.

Du hast recht, Betriebsarbeiterin! Frei sollen die Frauen werden. So frei, wie unsere russischen Schwestern in der Sowjetunion! Dort braucht die Frau nicht hehen und jagen.

Die sozialistische Technik (Verbesserung) kommt der Arbeiterin und der Arbeiterfrau zugute. In den wichtigsten Industriebezirken Kuznezbeden, Donezbeden usw. wurden im Laufe des Jahres 1931 ein Duzend Zentralküchen errichtet, deren jede 60 000 bis 150 000 Portionen Essen ausgibt. Diese wenigen Zahlen sollen genügen, um zu beweisen, daß mit der Aufhebung der doppelten Sklaverei der Frau im Kapitalismus (Minderbezahlung der Frauen wie der Männer) sie auch befreit wird von der Hausklaverei.

Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, baut mit am Sozialismus, welcher euch von euren Fesseln befreit. Reicht euch ein! Marschiert mit unter roten Fahnen. Erkämpft euch gemeinsam eine ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung.

So etwas gibt es in Deutschland nicht!

Auf allen Bahnhöfen Moskaus wurden jetzt spezielle Zimmer für Mutter und Kind eingerichtet. Für diese hat man die bequemsten und hellsten Räume gewählt.

Vor dem Eingang in das Zimmer der Mutter und des Kindes befindet sich der sogenannte „Filter“. Hier besichtigt ein Arzt oder eine Schwester-Instruktor das Kind, bevor dieses in das allgemeine Kinderzimmer eingelassen wird. Eine Mutter, deren Kind unterwegs erkrankt ist, erhält Rat und den notwendigen Beistand.

Außer dem gemeinsamen Zimmer zum Ausruhen der Mütter und Kinder, das zugleich auch Spiel- und Wohnzimmer ist, gibt es noch ein Schlafzimmer für Kinder mit weißgestrichenen Metallbetten, Matratzen aus Wachsuh und mit Kissen, die jedesmal nach Gebrauch leicht desinfiziert werden. Hier kann das Kind einige Stunden lang sich ausruhen. In allen Bahnhofsbüfets erhalten Mütter mit Säuglingen billiges Mittagessen, Brei, Grütze, Milch. Außer der Schwester für Mutter- und Säuglingschutz befindet sich in jedem Zimmer ein Pädagoge, der mit den Kindern getragene Spiele vornimmt.



Eine von den vielen Millionen von Küche und Kochtopf befreite sowjetrussische Arbeiterin, die am gigantischen sozialistischen Aufbauwerk mitarbeitet.

Höchstens neun Mark wöchentlich

Die Arbeiterinnen leben schlechter als die Hunde der „gnädigen Frau“

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

In der Mechanischen Weberei, Lillienfeld, Aue — Auerhammer, herrschen unbeschreibliche Zustände. Dort werden jetzt noch etwa 30 Frauen beschäftigt. Für die Arbeiterinnen ist kein Umkleeraum vorhanden, von sanitären Einrichtungen gar nicht zu sprechen. Kürzlich wurde eine Arbeiterin bewußtlos. Sie mußte solange auf dem kalten Steinboden liegen bleiben, bis sie wieder zu sich kam.

Die Löhne, die Lillienfeld zahlt, sind Hungerlöhne im wahren Sinne. Bei Vollarbeit verdienen die Arbeiterinnen bei Akkordhöchstleistung durchschnittlich 9 Mark die Woche. Es ist schon vorgekommen, daß Mädels mit 50 Pfennig Wochenverdienst nach Hause gehen mußten. Die Meister wurden entlassen, bis auf einen, der natürlich nicht durchkommt. Die Frauen müssen eben warten, bis ihre Maschinen repariert sind und haben natürlich den Schaden davon, weil ihnen die Wartezeit nicht bezahlt wird.

Frau Lillienfeld ist bei den Nazis. Sie hält sich sieben Windhunde, die das beste Futter bekommen und aufs beste gepflegt werden. Die dort beschäftigten Arbeiterinnen können sich mit das nicht leisten, was Frau Lillienfeld ihren Hunden vorwirft.

Eine Kollegin wurde, als man merkte, daß sie der KGD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) angehörte, wegen Arbeitsmangel und angeblich wegen schlechter Arbeit entlassen. Es ist jedoch der KGD. gelungen, diese Genossin wieder in den Betrieb zu bringen und der Unternehmer mußte den rückständigen Lohn nachzahlen.

Wir haben durch dieses Beispiel gesehen, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition uns im Kampfe zur Seite steht. Sie hat durch dieses Vorgehen das Vertrauen vieler Kolleginnen erworben.

„Wir Frauen aber...“

Ein kleines Wahlbild

Auf der Tribüne steht der sozialdemokratische Redner und verkündet, warum man sozialdemokratisch wählen muß. Erstens, erklärte er, müsse man organisch in den Sozialismus hineinwachsen. Ja, unbedingt organisch, das entspreche dem deutschen Wesen. Revolution? Natürlich, die Revolution habe ja schon im Jahre 1918 begonnen. Von 1918 bis heute befinden sich die werktätigen Massen Deutschlands und besonders die werktätigen Frauen in einer aufsteigenden Linie. Alles, was seit 1918 geschehen sei, führe direkt zum Sozialismus.

Die Revolution in dem Sinne, wie es die Kommunisten meinen, widerspreche dem deutschen Wesen und besonders dem Wesen der werktätigen Frauen Deutschlands. Kurz, aus seiner ganzen Rede hat man schließen müssen, daß von Ebert bis zu Papen nichts anderes in Deutschland geschehen sei als sozialistischer Aufbau.

Und der Redner verkündet weiter: Wer erst dies erkannt hat, wer erkannt hat, wie zielbewußt die deutsche Sozialdemokratie seit 14 Jahren für den Sozialismus kämpfe, der wähle Liste 2. Ja, so sagte er wörtlich, gehe diesen Weg und wähle Liste 2...

Wir aber, antworteten fast alle anwesenden Frauen im Chor, wir wählen Liste 3!

ECKE



Werdet alle junge Pioniere!

Das haben wir in der 12. IKW. geschafft

Die Roten Jungpioniere melden: In der 12. Internationalen Kinder-Woche führten wir folgendes durch:

- 79 Kinderdemonstrationen mit über 8000 Teilnehmern.
- 82 Kinderkundgebungen mit über 11 500 Teilnehmern.
- 51 Kundgebungen der 3. Gen. mit über 25 000 Teilnehmern.
- 19 Schülerversammlungen mit über 780 Besuchern.
- 11 neue Rote Schulvorposten gegründet.
- 28 Schulzeitungen herausgegeben.
- 75 neue Rote Jungpionier-Abteilungen gegründet.
- 1336 neue Rote Jungpioniere geworben.

Wir haben zu Roten Jungpionieren gemacht:

- 43 Rote Falken.
 - 92 christliche Kinder.
 - 12 Nazikinder.
- Außerdem haben wir durchgeführt:
- 12 Kinderkongresse.
 - 7 große Kindertreffen.

Die anderen Pionierorganisationen, also Rot-Sport-Pioniere, IAH-Pioniere usw. haben ihre Ergebnisse noch nicht gemeldet. Wenn diese hier abgedruckt werden sollen, dann müssen sie sich mächtig mit den Meldungen beeilen!

So etwas lesen wir gern

Der Anfang ist gemacht!

Endlich erwachte ein Teil unserer Schulfugend von Schwarzenberg-Neuwelt und gesellte sich zu einer Pionierabteilung zusammen. Nachdem wir viermal beisammen waren, wurde die Gründung am heutigen Tage mit 11 Mädels und 17 Jungen vollzogen. Wir haben einen driten Pionierleiter. Wollen wir hoffen, daß der Anfang nicht nur ein Strohflecken ist, sondern alle fest zur Stange halten und in der Werbung neuer Pioniere und „Trommel“-Leser ihre ganze Kraft einsetzen. Ich werde in Zukunft die Erfolge unserer Abteilung weiter berichten.

Seid bereit!

Pionierin Ruth KL,

23. Oktober, Schwarzenberg-Neuwelt (Sachsen).

Das ist die richtige Antwort

Die Unterdrückung von Pionierkundgebungen und Kinder-versammlungen geht immer weiter. An der Spitze der Leute, die uns von ends verbieten wollen, marschiert der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner in Leipzig. Auch nach der 12. IKW. verbietet er sämtliche Kinderversammlungen „wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“.

Die Arbeiterkinder in Leipzig antworteten mit einer Reihe

großer Demonstrationen. Doch als zur Anmeldung einer neuen Kinderversammlung erwachsene Genossen auf das Polizeipräsidium kamen, wurde auch diese nicht genehmigt. Der diensttuende Beamte erklärte, daß es sinnlos sei, noch weitere Veranstaltungen für Kinder anzumelden, da diese doch alle verboten würden. Der SPD.-Polizeipräsident überbietet wieder einmal die Maßnahmen der Nazi-Regierungen in Mecklenburg, Oldenburg und Thüringen.

Die Pionierabteilung in Leipzig, deren letzte Kundgebung verboten wurde, hat die einzig richtige Antwort gegeben: sie gründete in ihrem Stadtteil eine zweite Pionierabteilung.

Komme diese Woche zu uns!

Trage auch du das rote Halstuch! Werde ein Jungpionier!



In dieser Woche sprechen alle Pionierabteilungen über die Oktoberrevolution 1917 und den 9. November 1918. Besuche deshalb den nächsten Abteilungsabendtag einer Pionierabteilung.

Bei Erkältung nur **Jamaika-Rum-Verschnitte!**

Feiner Jamaika-Rum-Verschnitt ganz hervorragend 1.95 | Feinst. alt. Jamaika-Rum-Verschnitt die vollend. Qual. 2.55
 Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt elegant, aromatisch 2.25 | Feinst. alt. Batavia-Arrak-Verschnitt für Kenner 2.40

Bunblein und Umgebung

Breslau, den 14. November 1932.

Wohnungselend in der Kleinen Dreilindengasse

Schon oft wurde über das Wohnungselend in Breslau geschrieben. Erneut wollen wir durch ein Beispiel zeigen, daß die Stadt Breslau den bewußten Artikel der Verfassung: „Jeder Deutsche hat das Recht auf eine gesunde Wohnung“ nicht wahr macht. Wir haben wiederholt aufgezeigt, wie man Wohnungen schaffen kann, auch ohne größere Mittel.

In Breslau stehen Tausende von großen Wohnungen leer, die durch kleine Aufwendung von Geldern bequem in eine Ein- und Zweizimmerwohnung umgebaut werden können. In einer einzigen Straße im Süden, in der Göthestraße, stehen circa 25 große sogenannte „herrschaftliche“ Wohnungen leer. Daß in den Häusern der Siedlungsgesellschaft Dutzende von Zwei- und Dreizimmerwohnungen leerstehen, wo man die erwerbslosen Mieter, die nicht die Möglichkeit haben, die Mieten aufzubringen, einfach auszieht, ist eine Tatsache. In kleine und ungesunde Räume müssen oft vier Erwachsene und zwei schulpflichtige Kinder hausen.

Das Wohnungselend in der obengenannten Gasse ist ein noch weit katastrophaleres. Im Hause Kleine Dreilindengasse 21, ist ein Raum, der rund 27 Kubikmeter umfaßt, also noch kleiner ist als eine Gefängniszelle. In diesem Raum müssen zwei Erwachsene und zwei Kinder im Alter von 1/2 und 3 Jahren leben. Die Möbel, die sich der Arbeiter von seinem schwer erarbeiteten Groschen in der Zeit der Jahre angeschafft hat, muß er übereinander stellen, die darunter selbstverständlich leiden und in die Brüche gehen. Licht, Luft und Sonne sind für die Proletarierwohnung ein Luxus. Das logische Weise in einem solchen Raum der Herd für Tuberkulose und manch anderer gemeingefährlicher Krankheiten gegeben liegt, ist außer jedem Zweifel. Das statistische Amt hat im Jahre 1931 7,09 Prozent TB-sterbefälle bei Kindern im ersten Lebensjahre festgestellt. Sterbefälle von Lungenerkrankungen im ersten Lebensjahre wurden 8,93 Prozent registriert. Diese Zahlen sind äußerst zweifelhaft. Die Wohnungsfrage spielt bei all dieser Fällen eine äußerst wichtige Rolle.

Wir wollen dem Spiegel mit diesen Zahlen, nebst dem Wohnungselend zeigen, daß seine christliche Moral nicht weit her ist, daß sie nur bei ihm auf dem Papier steht.

Allein die Kommunisten haben der werktätigen Bevölkerung den Weg gezeigt, der ihnen gute und gesunde Wohnungen verschaffen kann. Bereits bei der Staatsberatung hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion die Arbeitsbeschaffungsarbeiten gestellt, worunter sich ein Wohnungsbauprogramm befindet. Erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung stellte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion den Antrag:

„Alle leerstehenden oder nicht genügend bewohnten Wohnungen sind zu beschlagnahmen und nach Verrückung in Kleinwohnungen an die wohnungsbedürftige werktätige Bevölkerung zuzuwenden.“

Um dies zu erreichen, müssen alle Arbeiter und Mieter den Kampf auf außerparlamentarischen Wege aufnehmen. Nur in der Antifaschistischen Aktion, im unverfälschten Klassenkampf, kann die werktätige Bevölkerung ihre Tageskämpfe um Arbeit, Brot, Freiheit, Gesundheit und menschenwürdige Wohnungen siegreich führen.

Die Siedlungsgesellschaft AG. als Lohndrücker

In den der Siedlungsgesellschaft AG. Breslau gehörigen Siedlungen, wie Zimpel, Pöpelwitz usw. wurde bisher die Straßenreinigung teils von der SAG. in eigener Regie, teils durch Hausmeister ausgeführt. Dieses ist jetzt geändert, die SAG. hat die gesamte Straßenreinigung einem Generalunternehmer übertragen. Alles von der SAG. für diesen Zweck angeschaffte Inventar, wie Rehrmaschinen, Schneepflüge usw., wurde dem Privatunternehmer übergeben, das Personal teils entlassen, teils übernommen, und den Hausmeistern ihre Stellung zum 30. November gekündigt.

Die Siedlungsgesellschaft, ein zu mehr als 75 Prozent der Stadt Breslau gehöriges Unternehmen, begründet diesen Schritt wie überall mit dem Motto: „M o t o e n d i g e S p a r m a ß n a h m e“. Diese „Sparmaßnahme“ bringt für viele einseitige Verschlechterungen, teigt auch, wohin der Kurs geht, und ist darum wert, etwas näher beleuchtet zu werden.

Erstens ist es ein Schlag gegen das von der SAG. für diesen Zweck beschäftigte Personal.

Ein Teil wurde entlassen, ein anderer Teil wird durch billigere Kräfte ersetzt, für den Rest heißt es, mehr Arbeit, weniger Lohn, denn der Generalunternehmer will leben.

Zweitens die gesamte Hausmeister werden vor die Alternative gestellt, entweder ihren Arbeitsplatz und damit auch ihre Wohnung ganz aufzugeben, oder sich mit einer erheblichen Kürzung ihres Einkommens einverstanden zu erklären. Den Hausmeistern lag bisher ob, die Straßen- und Hausreinigung eines Wohnblocks. Jetzt wird ihnen die Straßenreinigung, und damit ein Teil ihres Einkommens entzogen, von bisher 77,80 schrumpft es auf 45,25 pro Monat zusammen. Bekamen die meisten neben seiner Wohnung noch einige Mark hinzu, so heißt es jetzt zur Miete zulegen.

Drittens beschließt diese Maßnahme der SAG., was von Beisitzern der städtischen Körperschaften zu halten ist.

Laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, ist die Stadtverwaltung gehalten, in ihren Unternehmungen dafür zu sorgen, daß Entlassungen, Lohnkürzungen und dergleichen nicht vorgenommen werden. Hier stellt die Stadt in der Person des zweiten Bürgermeisters Macho noch den Aufsichtsratsvorsitzenden, und trotzdem dieser rigorose Abbau.

Viertens zeigt sich hier, wohin der Kurs der städtischen Unternehmen steuert, und wo die ganze Siedlungsgesellschaft einmal landen wird. Die SAG. war einmal der größte Bauunternehmer Breslaus. Sie unterhielt Ziegeleien, Sägewerke, beschäftigte einen großen Stab Bauarbeiter, alle in den ihr gehörigen Wohngebieten vorkommenden Arbeiten, ganz gleich welcher Art, wurden von ihr in eigene Regie mit eigenen Kräften, auf eigene Rechnung getätigt. Kurz, sie war ein selbständiges, alle Gebiete umfassendes Großbauunternehmen. Das war einmal, heute ist das nicht mehr. Sie baut schon lange nicht mehr Betriebe, Geräte, Material ist längst erschöpft, die Siedlungsgesellschaft

Menschenunwürdige Behandlung Arbeitsloser auf dem Wohlfahrtsamt

Breslau. Ein Arbeiter, der vier Wochen lang für sich, seine Frau und 1 Kind nur pro Woche 6,60 Mark erhalten hatte, bekam von der Blockstelle folgendes Schreiben zugestellt:

Breslau, 20. Oktober 1932.

Vom 13. 9. 32 bis 11. 10. 32 ist Ihnen während des Bezuges von Unterstützung nach dem Arbeitslosen-Versicherungsgezet eine Zuschunterstützung von 14 täglich 17,90 Mark bewilligt worden.

Die Unterstützung wird Ihnen an den durch Aushang bekanntgegebenen Zahltagen von der Rechenstelle der unterzeichneten Dienststelle gegen Vorlegung dieser Mitteilung und der obigen Anweisung ausbezahlt. Wir eruchen Sie, die Unterstützung erstmalig am Dienstag, dem 8. 11. 32, Karntstraße 3, in der Zeit von 12 bis 13 Uhr, abzuholen.

Am verlangten Tage kam nun der Erwerbslose nach seiner Stelle in der Karntstraße, um sich Auskunft zu holen. Am Dienstag hatte der Erwerbslose 2 1/2 Stunde umsonst gewartet, ohne daß er etwas erhalten hätte. Man bestellte ihn nun für den nächsten Tag, also für Mittwoch, um 12 Uhr. Als sich der Arbeiter meldete, in der Hoffnung, daß er die Unterstützung, die er auf Grund des zugestellten Scheines

abholen sollte, erhalten werde, erklärte man ihm, daß er am nächsten Tage wiederkommen solle. Vier muß angenommen werden, daß die Beamten dabei eine besondere Taktik anwandten, um die Wohlfahrts-erwerbslosen zu irritieren. Jeder Mensch kann erwarten, daß er abgefeiert wird, wenn man ihn eigens zu einer bestimmten Stunde bestellt und er auch erscheint. Aber der Arbeiter war schon einmal weggeschickt worden und sollte am Mittwoch wieder weggeschickt werden, um sich am Donnerstag erneut zu melden. Als der Erwerbs-lose dagegen protestierte, brüllte man ihn an und wollte ihn hinauswerfen. Das genügte noch nicht. Vier Beamte packten den Arbeiter und wollten ihm eine Tracht Prügel verabreichen. Daß der Arbeiter sich dagegen zur Wehr setzte, ist verständlich.

Es ist unerhört, wie sich auf den Breslauer Wohlfahrtsämtern die standeslosen Zustände in der Behandlung der Erwerbslosen häufen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Erwerbslosen hinter den Erwerbslosen-Ausschuß stellen, alle Vorfälle melden und diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende setzen. Wir haben bereits mehrere Fälle, wo sich Beamte an den Arbeitern vergangen haben. Kein Arbeiter soll sich schlagen lassen und die Massenkation der Werktätigen kann allein diesen Gemeinheiten ein Ende setzen.

Hauspächermethoden in der Ränderichluch Mollwikerstraße

Breslau. Anfang Juni 1932 setzten sich die Mieter zweier Grundstücke, und zwar Reherberg 13 und Mollwikerstraße 10, gehörig der Hausbesitzerin Maria Dittorf, einer 73 Jahre alten Frau, gegen den von ihr benannten ehemaligen Schwiegersohn Richard Fassonje als Verwalter zur Wehr, welcher schon Jahre hindurch die Häuser ohne jede Vollmacht in Verwaltung hatte. Bis zu dessen Verwaltung waren die Häuser in einem menschenwürdigen Zustand, nun sind diese vollständiger Verwahrlosung anheimgefallen.

Vorerwähnen möchte ich nur noch, daß Herr Richard Fassonje diesejenige Person ist, welcher vor Jahresfrist mit einigen anderen zusammen eine Gesellschaft gegründet hatte, welche die Vermittler der Armen, die Erwerbslosen, die sich in größter Not befanden, in heftigster Weise ausbeutete. Sie versprachen ihnen, mit falschen Schriftstücken, Lügen und Machinationen, Arbeit zu beschaffen. Fassonje, welcher sich an die Spitze dieser Gesellen stellte, ließ sich zum Vorstand wählen, wofür dieser gebildete Herr ein Monatsgehalt von 300 Mark beanspruchte, hauptsächlich für seine „geistige Fähigkeit“, welche von Stadtrat Meißner anerkannt worden sein soll. Dieser Vorstand hat auf Grund eines Beteiligungsbeschlusses von Wilhelm II. aus Doorn für seinen Verband 20 Mark erhalten, welche er für sich verbrachte haben soll, er schrieb sogar nach Genf an den Völkerverband und nach Paris um Arbeit für seine Armen.

Nun wollen wir auf die Hausverwaltung zurückkommen. Die beiden Häuser sind fast dem Verfall nahe, ja eins nennt man nur

noch die Ränderichluch, weil das Haus von allen in der Mollwikerstraße abfällt und

vor Ungeziefer, Matten, Schwaben usw., nur so strotzt, trotzdem von den Mietern alles getan wird, was es nur an Pulver und Gift gibt. Ja, sogar Kinder sind angegriffen worden.

Diesen, Fenster, Türen darf man gar nicht erst erwähnen, darf ein Arbeiter auch nicht verlangen nach Ansicht des Herrn Verwalter. Die Wohnungen sind schon vom Gesundheitsamt in diesem Hause gesperrt und trotzdem hausen Leute darin. Mieten müssen und werden gezahlt, aber wo gehen diese Mieten hin? Es bestehen Stenerschulden in erheblichem Maße, so daß man die Mieten pflanzen mußte. Aber die Regierungsbehörde hat humaner Weise die Pfändung wieder aufgehoben.

Der Hausverwalter glaubt auf Grund dessen sich jede Gemeinheit gegen die Mieter erlauben zu dürfen. Das Wohlfahrtsamt hat wohl alle Schäden festgestellt und auch die Beschwerden der Mieter als begründet gefunden, aber irgendeine Zwangsmaßnahme gegen den Hausverwalter auf Beseitigung der Mißstände ist nicht ergangen. Der Verwalter grüßt nur behutsam den Mieter entgegen, wenn er mit der Dientafel in der Hand den Zustand seines Flens demonstriert.

Gegen diese brutalen Maßnahmen der Hauspächers und ihrer Verwalter müssen die Mieter zur geschlossenen Gegenwehr übergehen. Wählt euch eine Kommission als Vertreter, fordert Beseitigung der Mißstände, und wenn man euch eure berechtigten Forderungen unberücksichtigt läßt, so macht von dem entscheidendsten Mittel, das den Mietern zur Verfügung steht, Gebrauch.

Dem Arbeiter in Stadt und Land

gib das Kommunistische Manifest in die Hand!

Das kommunistische Manifest von Marx und Engels ist als Massenbroschüre herausgegeben worden. Verlangt es von allen Literaturverlegern der Partei und KPD.

Wo sie vergriffen sind, müßt ihr sofort bei Karl Beder, Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 59, bestellen. Litzelle Breslau.

SA.-Proleten wählen Kommunisten

Gennigsdorf. Die Landtagsgruppe Haasenan hat eine außerordentlich gute Propaganda bei der Wahl geleistet. Zu alle unliegenderen Orte drangen sie ein, beleuchten jede geeignete Versammlung und warben unermüdet für den revolutionären Gedanken. Die Wahl zeigte dann auch die guten Erfolge. Der Nazis war es trotz mehrerer Versammlungen, Theater und Tanten nicht möglich, in die Arbeiterchaft einzudringen. In allen Orten stieg die Wählerzahl der KPD.

In Sponsdorf, der Nazi-Metropole, konnten wir die Stimmzahl um 100 Prozent erhöhen. Es steht fest, daß dort SA.-Proleten sich von der KPD abwandten und ihre Stimme der KPD gaben.

Die Kommunisten von Haasenan werden nicht nachlassen, sie werden verstärkt in der roten Einheitsfront arbeiten und die verirrten Proletarier, die heute noch den falschen Führern nachlaufen, für die rote Klassenfront und den revolutionären Freiheitskampf zurückgewinnen.

MASCH

Montag, 14. November, Fortsetzung des Kurzes „Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung“. Thema: „Die Februar-Revolution von 1918 in Frankreich und Deutschland.“ — Dienstag, 15. November, Referententag verbunden mit rednerischen Übungen. — Mittwoch, 16. November, Fortsetzung des Kurzes „Marxismus als Weltanschauung“. — Donnerstag, 17. November, Politische Debatte. — Die Kurse beginnen pünktlich 20 Uhr im Schulungsraum der Marxistischen Arbeiterchule, Wallstraße 21, 3. Stod.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhlisch in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert G. P. in Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsanstalt in Breslau.

Unglaubliche Zustände in der Verkaufsstelle des Städt. Wohlfahrtsamtes Niedergasse

Wie die dortige Angestellte des Städtischen Wohlfahrtsamtes, eine sehr ältliche verdnödete Jungfrau, mit den armen Proletarierfrauen, die sich dort ihren bescheidenen Hausstand zusammenstopfen, verfährt, spottet jeder Beschreibung. Diese „Dame“ schlägt einen derart unverschämten Ton an, daß die Arbeiterfrauen meistens eingeschüchtert wieder weggehen, ohne etwas gekauft zu haben. Es hat den Anschein, als ob das Städtische Wohlfahrtsamt ihr die willkürliche Festsetzung der Preise für Möbel etc. überlassen hätte. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die dort zum Verkauf gelangenden Möbel unverkennbar teuer sind, ziehen es die Proleten meistens vor, stillschweigend zu verschwinden, weil sie sich durch diese altpreußische Anmaßerei dieser alten Jungfer verletzt fühlen. Wir verlangen, daß das Städtische Wohlfahrtsamt da einmal gründlich austräumt und diesen weiblichen „Feldwebel“ auf den ihr zukommenden Reiterhof

Stern I, Zirlau — Berglandmeister

Stern I Zirlau — Sturm I Sandberg 6:2 (2:0)

Das mit großer Spannung erwartete Treffen obiger Mannschaften um die Bezirksmeisterschaft des Bezirks Waldenburg sah Stern als sicheren Sieger. Trotz des kalten Wetters hatte sich eine Anzahl Zuschauer eingefunden, welche bis auf einige Zwischenfälle wegen eines flotten spannenden Spiels wurden. Mit dem Anstoß von Stern entwickelte sich sofort ein flottes Spiel, bei dem Stern vorerst das Spiel beherrschte, jedoch die Gäste machen sich frei, und es erfolgten beiderseitige Angriffe, durch welche Stern bis zum Wechsel eine 2:0-Führung erzielte. Nach Halbzeit erzielt Stern mit dem Wind als Bundesgenossen durch Prachtstöße vier weitere Tore.

Die Gäste, dadurch angespornt, können vorerst auf 4:1 verbessern. Stern ist nicht müde und korrigiert auf 5:1. Nun kam eine ziemlich brenzliche Sache für die Stern-Mannschaft. Sterns Torwart verurteilt durch unfares Spiel zwei Elfmeter, welche aber blendend von ihm gemisst wurden. Das Spiel neigt nun langsam dem Ende zu, und beide Mannschaften erzielen noch je einen Treffer. Das Resultat entspricht vollumfänglich dem Spielverlauf. — Stern II schlug Jauer II um die Gruppenmeisterschaft 3:1 mit dem Halbzeitstand 1:0 für Jauer. Genosse Keller (Fortuna) leitete beide Spiele zur vollsten Zufriedenheit.

Sport vom Sonntag

Schwarz-Weiß I — Fortuna I 6:4

Die Halbzeitbesten beider Gruppen trafen sich auf der Witzschke. Ruhig und fair wird das Spiel durchgeführt. Fortuna geht bald in Führung. Der Mittelstürmer der Schwarz-Weißen gleicht dies darauf durch Kopfball aus. Auf ein weiteres Tor von Schwarz-Weiß erzielt Fortuna bis zur Pause das Unentschieden. Nach dieser legt Schwarz-Weiß einen Zwischenpunkt ein, der sie mit 6:2 in die Spitze bringt. Durch Elfmeter sowie ein weiteres Tor kann Fortuna in den letzten 10 Minuten verringern.

Rot-Weiß I — Favorit I 3:5

Ein lebhaftes Spiel lieferten sich beide Mannschaften auf dem Rot-Weiß-Platz. Favorit spielt mit dem Wind und ist leicht überlegen. Sie können aber bis zur Pause nur einen Elfmeter verwandeln. Nach der Halbzeit drückt Rot-Weiß mächtig, aber die Stürmer finden das Tor nicht. Selbst drei Elfmeter bringen nichts ein. Favorit erzielt noch vier Tore. Erst im Endspurt verbessert Rot-Weiß auf 5:3.

Die 2. Mannschaften trennten sich 1:1.

Dynamo I — Süd I 3:0

Die Scheiniger zeigen in ihrem gestrigen Freundschaftsspiel gegen Süd eine weit verbesserte Form. Ständig im Vorteil konnte Dynamo einen heftig aufgenommeneren 3:0-Sieg über Süd landen. Bei den 2. Mannschaften gab es ein Unentschieden (2:2).

Stand der Gruppe II

I. Mannschaft	Spiele	Gew.	Verl.	Unentsch.	Tore	+ —
Schwarz-Weiß	7	7	—	—	29:6	14:0
West	7	6	1	—	28:7	12:2
Ost	7	3	3	1	18:6	7:7
Rot-Weiß	6	2	3	1	9:12	5:7
Dynamo	7	2	3	2	5:17	6:8
Bernstadt	5	2	3	—	2:13	4:6
Spielvereinfügung	7	1	5	1	7:16	3:11
Dels	6	—	5	1	11:32	1:11

Handball

Dynamo I — Janal-Ost I 8:3

Mit dem außerordentlich heftigen Wind im Rücken, drückten

Dynamos-Handballer ihren Gegner in der ersten Halbzeit mit 5 Toren zurück. Als Janal-Ost einen Zwischenpunkt einlegt und endlich zu kombinieren beginnt, können sie zwar drei Tore ausfallen, vergessen aber dann sofort wieder vollkommen das Handballspielen, wo es zu allererst abgeben heißt, sodas Dynamo zu weiteren drei Erfolgen kommt. Ihr Sieg war, wenn auch nicht ganz in dieser Höhe, so doch durchaus verdient.

Fichte (Frauen) — Janal-Ost (Frauen) 3:0

Bei sehr schlechtem Handballwetter trafen sich die Frauenmannschaften beider Vereine an der verlängerten Herdain-Straße. Das bessere Fang-Stellungs- und Schußvermögen bringt den Fichte-Gewinn bis Halbzeit eine 2:0-Führung, über ihre nur mit neun Spielerinnen kämpfenden Gegner. Nach Wiederanstosß drückt zwar Ost vorübergehend, kann aber im Gegenstoß zu Fichte, die noch zu einem Erfolg kommen, das Tor nicht finden.

W.S. Dynamo

Am Mittwoch, dem 16. November, um 18 Uhr, Mitglieder-Vollversammlung. Im Anschluß Beisammensein.

WILHELM FLORIN: DIE WAHRHEIT über die Sowjetunion

10 PF.

Rede auf der Parteikonferenz der KPD

Unentbehrlich für unsere Agitation u. Propaganda zum 15. Jahrestag der Sowjetunion

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau

Wochenprogramm vom 14. November bis 20. November.

Die Einweihung unseres Bundesmitgliedes Robert Wagner über Dienstag, dem 15. November, 13 Uhr, im Krematorium in Gräbchen statt. Die Verabschiedung des Flughäfens findet Sonntag, dem 27. November statt. Treffpunkt vormittags 9 Uhr, am „Lezten Hektor“. Unkostenbeitrag 30 Pf., Kinder 10 Pf. Die Abteilungsleiter müssen die Mitgliedsbücher einziehen und dem Hauptkassierer bei der Abrechnung vorlegen.

Abteilung Stadtmittler: 17. November Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a.

Abteilung Scheiniger: 15. November Abteilungsabend bei Wolf, Hedwigstraße 15.

Jugendabteilung: 14. November Heimspiele im Heim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. — 15. November Sprechchorprobe im Heim, Michaelisstraße 36. — 17. November Jugendvollversammlung im selben Heim. — 20. November erscheint alles um 19 Uhr, im Sonntagshaus, Michaelisstraße 36.

Kindergruppe: 15. November Gesellschaftsspiele im Heim, An der Rathhauslucht. — 20. November 15—18 Uhr, im Sonntagshaus, Michaelisstraße 36, über wir zur Winterfeier.

Kraftfahrerabteilung: 17. November Abteilungsabend im Zentralsaal, Weidenstraße 50/52.

Kommende Spiele der Gruppe I

Am 20. November

Schwarz-Gelb I gegen Fichte I. — Süd I und II gegen Ohlau I und II. — Soli I und II gegen Fortuna I und II. — Grün-Weiß I und II gegen Favorit I und II.

Am 27. November

Ohlau I gegen Schwarz-Gelb I. — Fichte I gegen Süd I. — Soli I und II gegen Grün-Weiß I und II. — Fortuna I und II gegen Favorit I und II.

Am 4. Dezember

Süd I gegen Schwarz-Gelb I. — Fichte I gegen Ohlau I. — Favorit I und II gegen Soli I und II. — Grün-Weiß I und II gegen Fortuna I und II.

Am 11. Dezember

Soli I gegen Schwarz-Gelb I. — Fortuna I gegen Fichte I. — Grün-Weiß I und II gegen Ohlau I und II. — Favorit I und II gegen Süd I und II.

Am 18. Dezember

Schwarz-Gelb I gegen Favorit I. — Soli I gegen Fichte I. — Ohlau I und II gegen Fortuna I und II. — Süd I und II gegen Grün-Weiß I und II.

Am 8. Januar

Schwarz-Gelb I gegen Favorit I. — Favorit I gegen Fichte I.

Ohlau I und II gegen Soli I und II. — Fortuna I und II gegen Süd I und II.

Am 15. Januar

Fortuna I gegen Schwarz-Gelb I. — Fichte I gegen Grün-Weiß I. — Favorit I und II gegen Ohlau I und II. — Soli I und II gegen Süd I und II.

Gruppe II

Am 20. November

West I und II gegen Ost I und II. — Rot-Weiß I und II gegen Schwarz-Weiß I und II. — Dels I gegen Bernstadt I. — Dynamo spielfrei.

Am 27. November

Dynamo I und II gegen Ost I und II. — Schwarz-Weiß I und II gegen Dels I und II. — Rot-Weiß I gegen Bernstadt I. — West spielfrei.

Am 4. Dezember

Dynamo I und II gegen Schwarz-Weiß I und II. — Dels I und II gegen Ost I und II. — Bernstadt I gegen West I. — Rot-Weiß spielfrei.

Am 11. Dezember

Dynamo I und II gegen Dels I und II. — Schwarz-Weiß I und II gegen Ost I und II. — West I und II gegen Rot-Weiß I und II. — Bernstadt I spielfrei.

Am 18. Dezember

Dynamo I und II gegen West I und II. — Dels I und II gegen Rot-Weiß I und II. — Bernstadt I gegen Schwarz-Weiß I. — Ost spielfrei.

Am 8. Januar

Rot-Weiß I und II gegen Dynamo I und II. — West I und II gegen Schwarz-Weiß I und II. — Ost I gegen Bernstadt I. — Dels spielfrei.

Am 15. Januar

Rot-Weiß I und II gegen Ost I und II. — Dels I und II gegen West I und II. — Bernstadt I gegen Dynamo I. — Schwarz-Weiß spielfrei.

Saalsportfest bei Fichte

Die Fichte-Turner veranstalten anlässlich ihres zweijährigen Bestehens am Dienstag, dem 15. November, bei Hoffmann, in Böpelwitz, ein Saalsportfest. Ein außerordentliches Programm gelangt zur Ausführung. Im Turnen wird Fichte die verschiedensten Arten dieses gefunden Sports aufzeigen. Vorkämpfe, Ringkämpfe sowie Sprechchöre werden den Abend vervollständigen. Der Eintrittspreis ist mit 30 Pfennig für Erwachsene und 5 Pfennig für Kinder auf das billigste berechnet. Beginn der Veranstaltung um 20 Uhr.

Vormarsch auch in Oberschlesien

Vom Agitationsgebiet Beuthen erhalten wir folgende Mitteilung: Auch bei uns in Oberschlesien geht es rüstig vorwärts. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Wahl veranstalteten die roten Sportler einen Werbelauf für die List 3. 40 Meter vor dem Ziel wurden die Staffelläufer verhaftet und nach der Polizeiwache gebracht. Erst nach einer Stunde wurden die Sportler nach Feststellung der Personalien entlassen.

Auch in der Fußballsparte geht es vorwärts. Verschiedene Solidaritätsspiele wurden ausgetragen. Die Gründung der U.S.-Wader, Beuthen, sowie ein in Kürze steigendes Solidaritätsspiel gegen Ratibor sind als Erfolg anzusprechen. Ein Sportfest, veranstaltet vom Roter Stern, Beuthen, an welchem Ringkämpfe, Boxkämpfe, sowie andere sportliche Übungen stattfanden, war auch ein finanzieller Erfolg. Wir haben auch jetzt Schulungsabende mit politischen Themen, die jeden Donnerstag stattfinden und gut besucht sind.

Der Bericht schließt mit der Versicherung, weiter fleißig zu arbeiten und wieder zu berichten.

Wer wird Kreismeister im Bogen?

Am Mittwoch, 16. November (Wußtag), stehen sich in Waldenburg im Gasthaus „Zum Edelstein“ die Vereine „Eiche“ (Siegfried) und „Spartania“ (Waldenburg) in der Endrunde um die Kreismeisterschaft im Bogen gegenüber. Mit großem Interesse sehen alle Sportler diesem Kampf entgegen, dürfte doch die Waldenburger Mannschaft, welche sich erstmalig in kompletter Aufstellung, vom Fliegen- bis Schwergewicht, an den Serienkämpfen beteiligt, ein beachtenswerter Gegner für „Eiche“ sein. „Eiche“ behauptete jahrelang die Kreis- und ostdeutsche Meisterschaft und verlor in der Endrunde um die Bundesmeisterschaft nur sehr knapp gegen die besten Mannschaften des Arbeiter-Athletenbundes. Die Aufstellung der einzelnen Kämpferpaare ist folgende (erstgenannt ist Siegnitz): Fliegengewicht: Reule gegen Hannale; Bantamgewicht: Scholz W. gegen Müde; Federgewicht: Scholz E. gegen Groß; Leichtgewicht: Brenzel gegen Ditt- rich; Weltergewicht: Urban gegen Stein; Mittelgewicht: Köhner gegen Sauer; Halbschwergewicht: Nibergesäß gegen Weigelt; Schwergewicht: Köhler A. gegen Mähjokel.

Von der Reichsmeisterschaft der K.G. im Ringen

Leipzig und Berlin im Endkampf

Trotz großer finanzieller Schwierigkeiten, ist es den roten Athleten doch gelungen, die beiden Endgegner um die Reichsmeisterschaft doch festzustellen. Am 25. November stehen sich in Berlin gegenüber Eichenkranz, Leipzig und Fichte, Charlottenburg (Libertas). Eichenkranz konnte als mitteldeutscher Meister den Vertreter Süddeutschlands, Stuttgart-Gablenberg, hoch 12½:3½ und 11:5 schlagen. Fichte, Charlottenburg gelang es nur knapp, den westdeutschen Meister Essen-Worbel mit 9:7 Punkten zu schlagen, nachdem sie die erste Runde 8½:7½ verloren hatten. Betrachtet man die bisherigen Ergebnisse der beiden Endgegner bei ihren Kämpfen, so dürfte man in Eichenkranz den voraussichtlichen Reichsmeister sehen. Auf alle Fälle wird es zu interessanten Kämpfen kommen.

Die neue Serie zur Reichsmeisterschaft im Bogen

Die Kämpfe um die Reichsmeisterschaft im Bogen sind nunmehr beendet. Durch Verzicht des vorjährigen Meisters Eiche, Hamburg, hat nunmehr WC. Hagen die Meisterschaft für 1932/33 an sich gebracht. In den Vor- und Zwischenrunden gab es scharfe Kämpfe. Die stärksten Anwärter auf die Reichsmeisterschaft waren Württemberg, Sachsen und Ruhr.

Nunmehr beginnt die neue Serie in den Landesgebieten. Sie muß in noch stärkerem Maße als bisher benutzt werden, für eine verstärkte Werbung für die Kampfgemeinschaft. In den Landesgebieten bedeutet das, daß die Spartenleitungen die Organisierung fördern müssen.

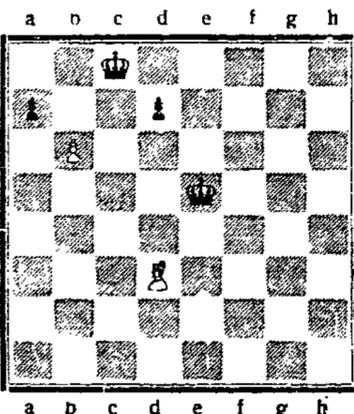
Die Reichsparteileitung erlucht dringend, um die Vorschläge zur Durchführung der kommenden Reichsmeisterschaften.

Auch der „Soli-Bund“ schließt weiter aus

Die Bundesleitung von Soli hatte die Ortsgruppe Wehingen wegen Ablehnung der rechtslos machenden Bundesauflösungen und wegen Sicherung des Vereinsvermögens aus dem Bund ausgeschlossen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung nahm zu diesen Willkürmaßnahmen Stellung. Nach Referaten von Solibetretern und einem K.G.-Vertreter, erklärte die Versammlung, sich gegen die Maßnahmen der Solibonzen und setzte eine nächste außerordentliche Versammlung fest, mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Uebertritt zur Kampfgemeinschaft für rote Sportlichkeit.“

Schach

Bearbeitet von der Roten Schachsparte Breslau. Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Webskystr. 6, b. Heinz Endspiel von A. Troitzki



Kontrollstellung:

Weiß: Ke5, Ld3, Bb6. Schwarz: Kc8, Bg7, d7.

Die Rote Schachsparte spielt jeden Montag 20 Uhr bei Gadyan Bergmannstraße 12. Gäste sind jederzeit willkommen!

Der Anfängerschachkursus findet fortlaufend jeden Dienstag um 20 Uhr bei Martin Zoudlick, Mollwitzerstraße 11, statt. Jeder kann unentgeltlich Schach spielen lernen.

Der Anfängerschachkursus fällt am Dienstag, dem 15. 11. aus; dafür Teilnahme an dem Saalsportfest der Fichte-Sportler in...